

Antisemitischer Anschlag in Halle (Saale): Der Schoß ist fruchtbar noch ...

Gruppe ArbeiterInnenmacht, Infomail 1072, 10. Oktober 2019

Lange Zeit wurde der sich wieder erhebende rechte Terror in Deutschland verharmlost oder gar verleugnet. Am Mittwoch, den 9. Oktober, hat er einmal mehr seine blutige, menschenverachtende Fratze gezeigt. Mindestens ein schwerbewaffneter, paramilitärisch auftretender Nazi versuchte, in Halle (Saale) in eine Synagoge einzudringen, um dort am Jom-Kippur-Feiertag (Tag der Sühne, Versöhnungsfest) ein Blutbad anzurichten. Vorbild war offenbar das rechte Attentat auf die Tree-of-Life-Synagoge in Pittsburgh vom letzten Jahr. Der Nazi von Halle filmte seinen Auftritt, wobei er in einem wirren Rundumschlag den Holocaust leugnete, den Feminismus für den Rückgang der deutschen Bevölkerung verantwortlich machte und natürlich die „Umvolkung“ durch Migration als durch „die Juden verursacht“ erklärte – wobei dann „die Juden“ wieder eigentlich an allem schuld seien.

Natürlich wird in den nächsten Tagen wieder viel vom „verrückten Einzeltäter“ die Rede sein, auch wenn mittlerweile selbst

bürgerliche

RechtsextremismusforscherInnen diese Sichtweise offen in Frage stellen. Dies

kennen wir schon von vielen „Einzelfällen“, wie etwa dem Mord an Walter Lübcke

(dem Kassler Regierungspräsidenten) im Juni. Dabei handelt es sich nur um die

Spitze des Eisberges von alltäglichen rassistischen und faschistischen

Gewaltakten sowie eine offensichtlich immer stärkere Aufrüstung auf allen

Ebenen der rechten Szene. Wie die NSU-Affäre gezeigt hat, wurde das schon

bestehende Ausmaß der rechten Terrorszene von den „Sicherheitsbehörden“

heruntergespielt und auf ein kleines, unbedeutendes, jugendliches Killertrio

reduziert.

Dagegen reicht eine Internetsuche über Beschlagnahme von Waffen bei Polizeirazzien allein in diesem Jahr, um festzustellen, dass selbst

die Polizei wissen müsste, dass die rechte Szene wohl schon eine kleine Armee

ausrüsten könnte. Die Machtergreifungsphantasien der Gruppe „Revolution

Chemnitz“, die im Gefolge der Chemnitzer Hetzjagden im letzten Oktober in der

Bundesrepublik einen rechten Aufstand lostreten wollte, haben wohl einen realen

Hintergrund in Form einer sich ausweitenden faschistischen Szene und eines

politischen Rechtsrucks. Dabei können sich die rechten Kreise auf Sympathien

und UnterstützerInnen auch in den „Sicherheitsbehörden“ stützen. Dazu zählen

nicht nur die VerharmloserInnen und VerleugnerInnen von der Art des Herrn Maaßen, dem ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten. Rechte Netzwerke, die bei Bundeswehr und SEKs aufgedeckt wurden, sind wohl nur die Oberfläche. Auch die Affäre um die Anwältin eines NSU-Opfers, die offenbar aus Polizeikreisen selbst bedroht wurde, zeigt das Ausmaß der rechten Verseuchung.

Das ist der Bodensatz, aus dem rechter Terror wie der des Stephan B. in Halle erwächst, der ihn sich bewaffnen lässt, von dem er ideologisch geprägt, fanatisiert und „ausgebildet“ wurde. Auch würde es nicht wundern, wenn der symbolkräftige Angriff auf eine Synagoge von einer größeren Gruppe vorbereitet wurde und wie so oft als Auftakt für „Größeres“ geplant war. Tatsächlich scheiterte B. glücklicherweise an der Sicherheitstür der Synagoge und so endete die Aktion in der sinnlosen Tötung und Verletzung von unbeteiligten PassantInnen und einem aussichtslosen Gefecht mit sehr spät eintreffenden Polizeieinheiten. Damit wird sich auch die rechte Szene nur bedingt zu einem solchen „Helden“ bekennen – ohne dass damit gesagt ist, dass er dort nicht einen ähnlichen Status wie die NSU-IdiotInnen bekommen wird, NachahmungstäterInnen mit eingeschlossen.

Natürlich ist diese Entwicklung der rechten Gewalt nicht zu trennen vom allgemeinen Rechtsruck in Deutschland und

weltweit. Nachdem der „Kampf gegen Umvolkung“ wieder parlamentsfähig geworden ist und die Naziverbrechen als „Fliegenschiss“ verharmlost werden dürfen, ohne dass die betreffenden politischen Kräfte (nicht nur die AfD) von der Straße gefegt und von der Öffentlichkeit geächtet werden, ist die braune Scheiße, die sich in seinem Windschatten wieder hervortraut, wahrlich kein Wunder. Darüber hinaus findet sich in Halle (Saale) ganz konkret ein rechter Sumpf, der die Herausbildung der barbarischen Gesinnung eines Stephan B. sicherlich begünstigte. Er musste nicht im „anonymen“ Netz suchen, um ein rechtes, rassistisches, völkisches Milieu zu finden. In Halle (Saale) findet sich ganz real auch ein Zentrum der „Identitären Bewegung“, in dem AfD-Rechte und Neonazis ein und aus gehen.

Bei dem ganzen Revival von Völkischem und vaterländischer Wiederbesinnung ist auch klar, dass eines der Kernelemente des rechten Populismus wieder voll lebendig ist: der Antisemitismus. „Die Juden/Jüdinnen“ als die angeblichen Totfeinde alles Völkischen, die „vaterlandslosen KosmopolitInnen“, die VertreterInnen des „Globalismus“ müssen immer wieder als ultimative/r FeindIn der Rechten herhalten. Der Rassismus, das Kernelement der rechten Ideologie, braucht die „Antirasse“, die „Kraft“, die angeblich alles „gesunde Volkstum“ untergräbt und per „globaler Gleichmacherei“ auflösen würde.

Spätestens seit Halle sind all diejenigen, die den Eindruck erweckt haben, Antisemitismus sei ein Thema von anti-israelischer Hetze und Palästina-Solidarität, widerlegt. Die reale und wachsende Gefahr auch für die jüdischen Menschen in Deutschland geht wahrlich nicht von BDS, MigrantInnen aus muslimisch geprägten Ländern oder anti-zionistischen Linken aus – wie man es auch aufgrund von Publikationen gewisser anti-deutscher „Linker“ glauben könnte –, sondern von der „Mitte“ der deutschen Gesellschaft, die sich wiederum rassistisch mobilisieren lässt – und in der sich offensichtlich auch wieder der eliminatorische Antisemitismus erhebt. Es war nur eine Frage der Zeit, dass die allgemeine Hetze gegen MigrantInnen auch in mordbereiten Antisemitismus umschlägt.

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ – Mit diesem Satz endet bekanntlich Brechts Stück „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“. Der Schoß, aus dem Faschismus und Barbarei krochen, sind nach wie vor fruchtbar, bringen nach wie vor Ungeheuer hervor – nicht nur in Form eines barbarisierten antisemitischen Attentäters, sondern auch in Form wachsender kleinbürgerlicher, reaktionärer, rechtspopulistischer oder gar faschistischer Bewegungen und Gruppierungen.

Auf den bürgerlichen Staat, auf die Polizei und Dienste ist in diesem Kampf nicht erst seit dem NSU-Skandal kein Verlass. Antisemitismus, Rassismus und Faschismus müssen wir selbst organisiert und massenhaft entgegentreten, indem wir eine breite antifaschistische Aktionseinheit aufbauen,

die sich auf jene gesellschaftliche Kraft stützt, die Faschismus, Rassismus, Rechtspopulismus und Antisemitismus wirklich stoppen und den Nährboden entziehen kann: die ArbeiterInnenklasse. Die Lehre – nicht nur aus Halle (Saale) – muss sein, eine solche Einheitsfront der Gewerkschaften, reformistischen ArbeiterInnenparteien, der radikalen Linken, MigrantInnen und rassistisch Unterdrückten aufzubauen, die Naziterror und Rechtsextremismus gemeinsam, organisiert und militant entgegentritt.

- Gegen jede rassistische Gewalt – Kampf dem Antisemitismus!
- Zerschlagung der neuen Nazibanden durch massenhafte und organisierte gemeinsame Aktion und Mobilisierung!
- Kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat – organisiert die antifaschistische Selbstverteidigung!

Thüringen-Wahl: Mehr als „Bodo“ oder „Björn“?

Tobi Hansen, Neue Internationale 241, Oktober 2019

Am 27. Oktober wird in Thüringen ein neuer Landtag gewählt – Abschluss der herbstlichen „ostdeutschen“ Landtagswahlen. Größere Überraschungen sind nicht zu erwarten.

Die AfD mit Flügel-Führer Höcke wird sicher über 20 % landen. Unklar ist nur, ob sie vor der CDU liegen wird. Seit Monaten liegt die Regierungspartei Linkspartei mit rund 28 % relativ sicher auf Platz 1 der Umfragen. Sollte sie allerdings wie in den vorhergehenden Wahlen diese Werte deutlich unterbieten, dann könnte sogar ein „Dreikampf“ mit AfD und CDU entbrennen.

SPD und Grüne, beide Regierungspartnerinnen von Ministerpräsident Ramelow, kämpfen jeweils um die 10 %. Für die Grünen wäre das Rekordergebnis, für die SPD womöglich ein weiterer, wenn auch relativ unspektakulärer Tiefpunkt. Beide dürften allerdings ziemlich bereitwillig für eine Fortsetzung von Rot-Rot-Grün zur Verfügung stehen. Die FDP könnte auch in Thüringen an der 5-%-Hürde scheitern, wie auch von „Freien Wählern“ oder der NPD zumindest in den Umfragen wenig zu sehen ist.

Personalisierung statt

Kampf

Die Linkspartei setzt ganz auf den Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Dieser gilt als beliebter „Landesvater“ und möchte, wie auch Woidke und Kretschmann zuvor, vom Amtsbonus profitieren. Der thüringischen CDU stehen bei Platz 3 stürmische Zeiten bevor. Schließlich regierte sie bis 2014 in Erfurt. Nach dem Amtsantritt des ersten „roten“ Ministerpräsidenten traten CDU, AfD und „WutbürgerInnen“ schon mit Fackeln bei Demos auf. Viele sahen SED und Stasi gar wieder an der Macht.

Fünf Jahre später rühmt sich Rot-Rot-Grün, dass die Regierung immerhin gehalten habe. Dass sie als normale, bürgerliche Sachwalterin die Regierungstauglichkeit bewiesen hat, rechnet sich die Koalition hoch an. Auch die Linkspartei kommt mit ihrem personalisierten Wahlkampf richtig „etabliert“ daher. „Nähe, Verlässlichkeit und Offenheit“ verspricht Bodo vor thüringischem Wald und See vom Werbeplakat. In der ländlichen Region wird angepackt und in der Stadt Offenheit gelebt. Bodo ist besser für Thüringen, darauf konzentriert sich der Wahlkampf.

In Thüringen ist die

Welt, wenigstens im Linkspartei-Wahlkampf, noch in Ordnung. Beseelt von der Gewissheit, dass nur DIE LINKE für sozialen Fortschritt stehe, scheint es keinen sichtbaren Widerstand gegen die Regierungspolitik in der Landespartei zu geben. So rühmt sich die Koalition, dass sie mehr in den öffentlichen Dienst investiert habe. Während bei der Polizei aufgestockt wurde, fehlen auch 2019 350 LehrerInnen. Die Koalition würde außerdem etwas für die Tarifbindung der Beschäftigten im Land tun. Die generelle Rechtfertigung von Rot-Rot-Grün lautet, dass sie „Schritt für Schritt“ eine bessere Politik als die CDU-geführten Landesregierungen umsetzen würde. Gemessen daran war die Landesregierung bestimmt „erfolgreich“, was zum Teil sicher auch die guten Umfragewerte der Linkspartei und das weitgehende Fehlen einer linken Opposition erklärt.

Der andere Faktor für die relative Stabilität der Koalition und ihre gar nicht so schlechten Aussichten weiterzumachen besteht darin, dass sie als eine, wenn auch vor allem parlamentarische Barriere gegen die AfD erscheint. Deren Thüringer Landespartei gehört zweifellos zum Rechtsten, was Rassismus und Rechtspopulismus derzeit zu bieten haben. Höcke darf nach dem letzten Gerichtsurteil sogar „offiziell“ als Faschist bezeichnet werden. Die CDU unter Landeschef Mike

Mohring hat zwar eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen, angeblich aber nicht mögliche Sondierungen mit der Linkspartei, was die konservative WählerInnenschaft wohl eher desorientierte. Somit kommt in Thüringen, anders als in allen anderen Bundesländern, bislang die gesellschaftliche Polarisierung und der weiter drohende Rechtsruck in den Umfragen der Linkspartei zugute – nicht weil sie für Klassenkampf steht, sondern als verlässliche Garantin der bürgerlichen Demokratie samt „sozialem Ausgleich“ erscheint.

Siegeszug der AfD

Auf die Dauer wird das weder AfD noch Rechtsruck bremsen. Sollte die AfD um die 25 % erhalten und erneut die CDU schlagen, werden Höcke und Co. ihre führende „patriotisch-bürgerliche Volkspartei“ feiern, wohl wissend, dass genau diese ostdeutschen Landesverbände derzeit einen qualitativen Sprung machen. In Thüringen wirbt die AfD etwas zurückhaltender mit Rassismus und Hetze, stellt sich auch als Volkspartei dar, die alle Probleme auf einmal löst, natürlich geführt vom Volkskümmerer Höcke.

Dass dieser jetzt

offiziell als Faschist bezeichnet werden kann, ist der Hartnäckigkeit der MLPD zu verdanken. Nach Schikanen gegen eine eigene Wahlkundgebung ging sie durch alle juristischen Instanzen und bekamen schlussendlich Recht, den AfD-Spitzenkandidaten Höcke als Faschisten bezeichnen zu dürfen. Das ändert jedoch nichts daran, dass die AfD derzeit eben keine faschistische Partei ist, wiewohl sich solche Elemente in der Partei tummeln. Sicher träumt Flügelführer Höcke von einer AfD, die alle bürgerlichen Parteien unterwirft, am besten in einer nationalistischen Sammlungsbewegung vereint und dadurch faschistischen Kräften die Möglichkeit bietet, an Einfluss zu gewinnen. Diese stellen wie die Zeitung „Sezession“ um das IfS (Institut für Staatspolitik) mit dem ideologischen Kopf Kubitschek einer „Mosaik-Rechten“ neben Teilen der NPD (speziell im Eichsfeld) und der „freien“ Kameradschaftsszene eine Basis für den AfD-Flügel dar. Im Wahlkampf will die Partei aber vor allem genügend LehrerInnen einstellen, den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und die Wende „sozial“ vollenden – natürlich ohne AusländerInnen. Der Rassismus darf schließlich auch im „respektablen“ Wahlkampf nicht fehlen. Das Motto „Wende 2.0 – vollendet die Wende!“ soll der AfD helfen, tief in die bürgerlichen WählerInnenschichten einzudringen.

Den Umfragewerten
schadete auch nicht, dass sich Höcke im ZDF-Interview als
dünnhäutiges
„Sensibelchen“ präsentierte. Im Wahlkampf reicht zunächst das
klassische
rechtspopulistische Motiv der „Umdrehung“ – sie sind gegen ihn
(Höcke), wühlen
ihn persönlich auf und wollen ihn fertigmachen, weil der wahre
Patriot für euch
alle kämpft.

Perspektive Linkspartei

Sollte Rot-Rot-Grün
wiedergewählt werden, hilft das vor allem der aktuellen
Linkspartei-Bundesführung. Sie sollte es dann bis zum nächsten
regulären
Bundesparteitag 2020 schaffen.

Für diejenigen, die wie
in Brandenburg die Regierungsbeteiligung über alles hängen und
dort enttäuscht
waren, dass sie diesmal nicht berücksichtigt wurden, bleibt
die Linkspartei vor
allem die Regierungskraft des „kleineren Übels“. Als solche
könnte schließlich
etwas bewirkt werden.

Dass die thüringische
Landesregierung gerade einen Winter lang die Abschiebungen
ausgesetzt hat, um
diese danach „normal“ umzusetzen, verdeutlicht, dass eine

solche Regierung eben keine qualitativ andere Politik betreibt als eine „normale“ bürgerliche. Natürlich hat die Koalition in Thüringen auch nichts an Hartz IV, nichts an Armutsrenten geändert, sondern allenfalls etwas sozialer den kapitalistischen Normalzustand verwaltet – das soll für Ramelow und Co. der „Wegweiser“ für eine mögliche Bundesregierung sein. Darin findet er sich in trauter Einigkeit mit Wagenknecht und Kühnert wieder, wie bei einer Veranstaltung der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ Berlin notiert wurde.

In Zeiten des weiteren Aufstiegs der AfD versuchen sich die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien (Linkspartei und SPD) verzweifelt an die „Regierungsfähigkeit“ zu klammern. Genau darüber verlieren sie nicht nur Stimmen an die AfD, sondern auch immer mehr die Verankerung in der Klasse selbst. Die relative Stabilität der Linkspartei in Thüringen stellt kein „Gegenmodell“ dar, sondern bloß eine Momentaufnahme. Als Regierungskraft wird sie auch in der nächsten ökonomischen Krise gezwungen sein, die Rechte und Errungenschaften ebendieser Klasse anzugreifen. Wenn hier nicht mit dieser Methode und Praxis gebrochen wird, dann kann auch die Bedeutungslosigkeit mittelfristig drohen.

Zweifellos werden viele

WählerInnen und Mitglieder der Linkspartei angesichts des Aufstiegs der AfD
„ihrer“ Partei die Treue halten, dieser als „kleinerer Übel“ oder
„Reformmodell“ ihre Stimme geben. Dass sie damit AfD und CDU in die Schranken weisen wollen, ist nicht nur nachvollziehbar, sondern auch, für sich betrachtet, ein richtiger Schritt. Aber es ist eine Illusion, dass Thüringen eine „Ausnahme“ von einer allgemeinen bundesweiten Entwicklung darstellt. Wenn wir eine wirkliche Alternative aufbauen wollen, so braucht es eine Politik des Klassenkampfes, keine weichgespülte bürgerliche Koalitionspolitik.

Landtagswahlen: Blaue Augen für die Ministerpräsidenten – Katastrophe für die Linkspartei

Tobi Hansen, Neue Internationale 240, September 2019

Seit Wochen werden die Wahlen in Brandenburg, Sachsen und am 27. Oktober in Thüringen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt diskutiert, ob die AfD stärkste Kraft

werden kann. In Sachsen und Brandenburg kann das nun beantwortet werden. Die AfD schaffte Platz 1 nicht, wurde aber dort mit großem Abstand jeweils zweitstärkste Partei.

Die sächsische CDU und die Brandenburger SPD feiern, dass sie trotz enormer Verluste stärkste Kraft geblieben sind und ohne sie keine Landesregierung gebildet werden kann. Das soll „die Demokratie“ retten, für „stabile“ Verhältnisse sorgen und den Anschein vermitteln, dass trotz enormer Wahlerfolge der AfD alles beim „Alten“ bleiben kann.

Bundespolitisch verschafft dies der Großen Koalition zumindest den Spielraum, dass die Regierung bis zum Dezember hält. Die CDU kann die Nachfolge von Merkel vorbereiten. Die SPD-Regierungsbeteiligung hält bis zum Dezember, wo auf einem Bundesparteitag „planmäßig“ neue Vorsitzende und Vorstand gewählt werden und eine „Bilanz“ der Großen Koalition gezogen wird.

Das Ergebnis

Laut vorläufiger amtlicher Hochrechnung haben die Parteien in Sachsen

folgendermaßen abgeschnitten: CDU 32,1 % (-7,3), AfD 27,5 % (+ 17,8), Linkspartei 10,4 % (-8,5), Grüne 8,6 % (+2,9), SPD 7,7 % (-4,7), FDP 4,8 % (+1). Damit ist eine Zweierkoalition ausgeschlossen. Die sog. Kenia-Koalition (CDU, Grüne, SPD) erscheint als wahrscheinlichste Regierungsvariante.

In Brandenburg ergibt sich folgendes Bild:

SPD 26,2 % (-5,7), AfD 23,5 (+11,3), CDU 15,6 % (-7,4), Linkspartei 10,7 % (-7,9), Grüne 10,8 % (+4,6), BVB/FW (Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegung/Freie Wähler) 5,0 % (+2,3). Die FDP scheitert mit 4,1 % am Einzug in den Landtag.

Hier wird die SPD zu einer Dreierkoalition gezwungen sein. Als Alternativen stehen Rot-Rot-Grün oder „Kenia“ (mit CDU und Grünen) zur Auswahl. Die Brandenburger CDU schloss zuvor selbst Koalitionen mit der Linkspartei nicht aus (Novum!), also wird die SPD es sich aussuchen können.

AfD jubelt

Auch die Verfahrensfehler bei der Listenaufstellung, die zur Beschränkung auf max. 30 Sitze über Zweitstimmenanteil führten, vermochten die Partei angesichts von 15

Direktmandaten nicht zu schwächen. Die AfD hat ihr Ergebnis gegenüber den letzten Landtagswahlen verdreifacht und nunmehr bei drei aufeinanderfolgenden Wahlen (inkl. Bundestageswahl und Europawahl) über 25 % eingefahren.

Wie auch Spitzenkandidat Kalbitz in Brandenburg gehört Urban zum nationalistischen „Flügel“ innerhalb der AfD. Dieser wurde somit nun auch bundesweit weiter gestärkt.

Dass die tiefere Verstrickung des Brandenburger Spitzenkandidaten Kalbitz in das faschistische Milieu das Wahlergebnis ebenfalls nicht geschmälert hat, lässt auch in der Bundespartei einige Auseinandersetzungen erwarten, insgesamt wohl aber eine weitere Entwicklung nach rechts, insbesondere falls, was zu befürchten ist, die Thüringer AfD unter Höcke im Oktober auch noch einen Wahlerfolg einfahren sollte.

Zwei Entwicklungen der AfD im Osten Deutschlands sind dabei entscheidend für den Wahlerfolg. Erstens gelingt es, die kleinbürgerlichen Schichten äußerst stark zu mobilisieren. So erhielt die AfD lt. Umfragen in Brandenburg 34 % der Stimmen unter den „Selbstständigen“, in Sachsen immerhin auch 29 %. Sie konnte

damit
eindeutig in klassische CDU- und FDP-WählerInnenenschaft
eindringen. Vor allem
bei den ehemaligen NichtwählerInnen mobilisierte sie mit
Abstand die meisten
Stimmen. Erschreckend ist sicherlich der hohe Anteil an den
„ArbeiterInnen“ –
in Brandenburg 44 %. Auch wenn das nicht mit der
ArbeiterInnenklasse
gleichgesetzt werden darf und der Anteil unter den
Angestellten mit 26 %
deutlich geringer ausfiel, so verdeutlicht es den Einbruch in
lohnabhängige
Milieus. Sicherlich wurde das z. B. in Brandenburg noch einmal
durch die
besondere Situation in der Lausitz angesichts des Ausstiegs
aus der Braunkohle
verschärft. Jedenfalls hat die AfD in dieser Region einige
Direktmandate
erobert.

Vor allem Angst vor
Veränderungen, die sozialen Abstieg bedeuten könnten, treibt
alle
Bevölkerungsschichten um und an, dies sorgt für große
Mobilisierung zur Wahl.

Dabei bilden Rassismus
und Chauvinismus quasi den gemeinsamen „Kitt“, der eigentlich
gegensätzliche
soziale Lagen verbindet und die AfD als zweitbeste Vertretung
„ostdeutscher
Interessen“ erscheinen lässt.
Mögen auch viele Menschen subjektiv sie aus „Protest“ gewählt
haben, so hat

sich dieser verfestigt und die "ProtestwählerInnen" lassen sich von Rassismus, Zusammenarbeit mit offenen Nazis von der Wahl nicht abschrecken.

Das Zusammenwirken der kleinbürgerlichen Schichten mit weiteren rassistischen bis hin zu faschistischen Organisationen der „extremen Rechten“ wie NPD, Der III. Weg, Identitäre Bewegung, „Pro Chemnitz“, einer äußerst militanten „Hooligans gegen Salafisten/HOGESA“-Verankerung in diesen Bundesländern, einer „NS-Musikszene“ usw. zeigt die extrem gute lokale Aufstellung, die sich die AfD zunutze machen kann. Dadurch kann sie sich gemeinsam mit anderen rechten lokalen Kräften und MandatsträgerInnen als die Kraft des Volkes vor Ort darstellen.

Die AfD baut sich gerade in der ehemaligen DDR als gesellschaftliche Kraft mit Massenanhang im kleinbürgerlich-reaktionären Spektrum auf, die perspektivisch auch immer größeren Teilen des BürgerInnentums und des Kapitals eine „verlässliche“ Machtalternative bieten will – von BürgermeisterInnen in den Kommunen bis hin zur Beteiligung an Landesregierungen.

Dies tut sie z. B. mit dem Slogan „Vollendet die Wende“, „Wende 2.0“. Sicher bringt diese Formulierung auch eine große gesellschaftliche Tragik zum Ausdruck. Die Tatsache, dass sich 30 Jahre nach der kapitalistischen Restauration der DDR die nationalistischen und faschistischen SchergInnen des Kapitals

anschicken, die Wende zu vollenden, ist selbst ein dramatischer Ausdruck der Niederlagen der ostdeutschen ArbeiterInnenklasse wie des politischen Versagens von SPD und Linkspartei.

Kandidat Kalbitz, der in Athen schon mal die NS-Flagge hisste, begründete diesen Slogan mit der sozialen Realität, nämlich den immer noch niedrigeren Rentenniveaus der Ostdeutschen.

Bevor „andere“ – gemeint sind MigrantInnen und Geflüchtete – Geld bekommen, sollte doch erst mal die Rente angeglichen werden. So werden reale soziale

Skandale wie Altersarmut, Ungleichheit, das Abhängen ganzer Regionen

angesprochen. Dass Einkommen, Arbeitszeiten, Infrastruktur, Bildungs- und

Arbeitsmarktchancen auch 30 Jahre nach der Wende nicht angeglichen sind, hat

freilich die AfD nicht erfunden. Sie greift vielmehr diese Realität des

Kapitalismus auf und verbindet sie mit nationalistischer und rassistischer Hetze.

Dabei spielen ihr alle anderen Parteien mehr oder weniger willig in die Hände,

die die soziale Misere verharmlosen und Jahr für Jahr erklären, dass sie die

Lebensverhältnisse der Menschen doch verbessert hätten.

Dass die AfD-Wirtschafts-

und -Sozialpolitik eigentlich neoliberal bis auf die Knochen ist, dass sie die

öffentlichen Rentenkassen an Fonds verscherbeln will, spielt in ihrer öffentlichen Wahrnehmung keine Rolle. Zum anderen kann die AfD einfach darauf setzen, dass sie die "Systemparteien" – also allen anderen – ungestraft einfach als „LügnerInnen“ bezeichnet, selbst wenn sie einmal die Wahrheit sagen sollten.

Die „Mitte“

Die Ergebnisse von CDU und SPD und auch der Grünen blieben einigermaßen im Rahmen des Erwarteten. Die Parteien der Großen Koalition sind mit einem blauen Auge davongekommen und können weiter regieren. Sie rechnen „Erfolge“ – Verteidigung der Ministerpräsidentenposten – gegen Misserfolge (Verluste an Stimmen) auf.

Die gesamte Mobilisierungskraft der kleinbürgerlichen wie lohnabhängigen Mittelschichten drückt sich auch im Erfolg der Grünen, partiell auch der FDP und der BVB/FW aus. Letzte haben sich vor allem auf Kosten der CDU behauptet. Die Grünen wiederum haben unter der Jugend allgemein stark gewonnen (20 % der 18–24-Jährigen in Sachsen, 27 % in Brandenburg). So konnten sie ihr historisch bestes Ergebnis in den Bundesländern holen, auch wenn sie hinter den

Umfragen noch
deutlich zurückblieben.

Somit können die Grünen
einmal eine SPD-geführte Regierung „retten“, das andere Mal
die CDU. Das zeigt
auch ihre flexiblen Verwendungsmöglichkeiten für diesen
bürgerlichen
Parlamentarismus als Zünglein an der Waage, gewissermaßen als
„Ersatz“-FDP.

Klare Verliererin – die Linkspartei

Dass der allgemeine
gesellschaftliche Rechtsruck der Linkspartei nicht einfach den
Rücken stärkt,
stimmt sicher. Ebenso sorgen Regierungsbeteiligungen selten
bis nie für gute
Wahlergebnisse. Doch die Ergebnisse vom 1. September können in
beiden
Bundesländern nur als katastrophal bezeichnet werden. Bei
gestiegener
Wahlbeteiligung halbierte sie sich in beiden Bundesländern.
Dabei sind die
extremen Verluste in Brandenburg von 7,9 % angesichts der
Politik der
Landesregierung noch einigermaßen nachvollziehbar. In Sachsen
fielen sie jedoch
in der Opposition mit 8,5 % noch desaströser aus. Verloren hat
die
Linkspartei vor allem an SPD, AfD und Grüne in Brandenburg, in
Sachsen an alle

(vor allem CDU und AfD mit 24.000 bzw. 26.000 Stimmen). Hinzu kommt, dass die Linkspartei trotz der deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung kaum an Stimmen zulegen konnte.

Während die Partei bis zuletzt ihre Politik in Brandenburg schönredete, träumte der sächsische Spitzenkandidat Gebhardt vor wenigen Tagen noch von Rot-Rot-Grün. Jetzt vereint diese Möchtegern-Koalition in Sachsen ungefähr genau soviel Stimmen auf sich wie die AfD.

Am Wahlabend zeigte sich das Spitzenpersonal der Linken „betroffen“. Niederlagen in Bundesländern, in denen die Partei stets um die Spitzenplätze konkurrierte, können auch zu Zäsuren werden. In Brandenburg schaffte die Linkspartei nach einer verhunzten „Regionalreform“, meist nur noch mit Postengeschacher und Skandälchen von sich reden zu machen. Ansonsten blieb sie treue Vollstreckerin von Woidke und setzte z. B. ein neues Polizeigesetz mit durch. In Sachsen versuchte Rico Gebhardt, sich und die Linkspartei als Verteidigerin von Humanismus und Liberalismus neu zu erfinden.

Weder konnte die äußerst regierungserprobte Brandenburger Linkspartei die Renten

angleichen noch Hartz
IV aus der Welt schaffen, geschweige denn dafür sorgen, dass
sich militante
faschistische Kreise und Netzwerke nicht weiter ausbreiten.
Ähnlich den
weiteren ostdeutschen Landesverbänden wurde brav mitregiert,
kommunal auch mal
mit der CDU Übereinkunft erzielt. Die Linkspartei ist
Verwalterin der
kapitalistischen Restauration geworden. Und sie wurde auch
Opfer der eigenen
und ständig verbreiteten Illusionen in die reformistische
Politik des
Mitregierens. Wer andauernd behauptet, dass die Politik einer
„Reformregierung“
im Brandenburger Landtag die Verhältnisse wirklich verbessern
und so zu einem
„Modell“ der sozialen Transformation werden könne, der braucht
sich nicht zu
wundern, dass die WählerInnen irgendwann einmal den
reformistischen Versprechen
nicht mehr Glauben schenken wollen.

Dementsprechend sinken
auch die Hoffnungen der WählerInnenschaft, dass diese Partei
soziale Sicherheit
und vielleicht sogar Verbesserungen des Lebensstandards
durchsetzen könnte –
die Realität programmiert die Wahlniederlage.

Beim Bundesparteitag 2020
wird ein neuer Vorstand gewählt. Objektiv könnten diese
Niederlagen dem
Wagenknecht-Lager eher helfen und dem aktuellen Vorstand
schaden. Sicherlich

wird die Linkspartei nun alles auf Ministerpräsident Ramelow in Thüringen setzen.

Die Linkspartei hat längst aufgehört, als quasi-automatischer Bezugspunkt für Sorgen um sozialen Abstieg, Arbeitsplätze, Ungerechtigkeit für die ostdeutsche Bevölkerung zu fungieren. Die Politik der Partei war dabei in den Jahren nach der Wende sicherlich auch nicht so viel besser, wie heute ein verklärender Blick in die Vergangenheit suggerieren möchte – aber die Partei verfügte damals (noch als PDS) über stärkere Basis- und Vorfeldstrukturen, was ihr Image als „Kümmerpartei“ begründete.

Während diese gesellschaftliche Verankerung in großen Teilen der lohnabhängigen Bevölkerung schwächer wurde, konnte sie weder unter der Jugend noch unter der betrieblichen ArbeiterInnenklasse eine ähnliche Basis aufbauen. Klimapolitik blieb ihr gerade in Brandenburg fremd, wo sie um die Braunkohle einen Eiertanz aufführt. Der geringere gewerkschaftliche Organisationsgrad in Sachsen wie Brandenburg bedeutet auch, dass es der AfD leichter fiel, in die ArbeiterInnenklasse einzubrechen, was sich auch in den Stimmengewinnen der Rechten in Regionen mit sinkender Bevölkerung zeigt. Aber auch die Tatsache, dass sich

die Linkspartei selbst nie um eine stärkere betriebliche und gewerkschaftliche Verankerung bemühte, dass sie mehr auf die Gewinnung von (linken) BürokratInnen und FunktionärInnen setzte, drückt sich jetzt in ihren schlechten Ergebnissen aus.

Angesichts dieser Katastrophe fallen die ersten Erklärungen des Spitzenpersonals der Linkspartei geradezu lächerlich aus, weil sie in rein konjunkturellen Fragen (Ministerpräsidentenbonus) die Ursache für das Desaster suchen, nicht in der parlamentsfixierten lahmen „Reformpolitik“ der Partei selbst.

Was tun?

In Brandenburg wäre es wichtig, dass gegen eine erneute Regierungsbeteiligung mobilisiert wird. Eine Fortsetzung der Beteiligung an Rot-Rot-Grün bringt der ArbeiterInnenklasse nichts, für die Linkspartei wäre der weitere Niedergang vorprogrammiert – und die AfD würde sich dabei als „die Opposition“ weiter profilieren.

Unsere kritische Wahlunterstützung für die Linkspartei galt vor allem den WählerInnen und

AktivistInnen der sozialen, der klimapolitischen Bewegung, den GewerkschafterInnen, wie auch der lokalen „Antifa“, damit sie sich gegen den Rechtsruck organisieren. Dazu kann die Linkspartei ein „Mittel“ sein und dies sollte auch bei Wahlen ausgedrückt werden.

Rund um die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung wie auch der sozialen Bewegungen, der „Linken“ allgemein muss der gemeinsame Kampf gegen die Regierungen wie gegen die AfD jetzt im Vordergrund stehen. Eine Linkspartei an der Regierung ist dabei keine Hilfe, im Gegenteil.

Nach den Wahlerfolgen in Sachsen und Brandenburg werden die AfD wie auch das faschistische Umfeld weiter versuchen, die „Linke“ einzuschüchtern, „No-Go-Areas“ wie auch „national befreite Zonen“ auszubauen. Darauf brauchen wir eine Antwort, müssen gemeinsam mit den Geflüchteten und MigrantInnen unsere Wohngebiete gegen die AfD und Fascho-Pest verteidigen.

Während die Aufspaltung des bürgerlichen Lagers voranschreitet, verlieren auch die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien. In Ostdeutschland polarisiert die AfD diese Entwicklung sowohl in kleinbürgerlichen Schichten wie auch in Teilen der ArbeiterInnenklasse und rückt dem „Sieg“ bei einer Wahl immer

näher.

Die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien SPD und Linkspartei vertiefen ihre strategische Krise, die bei der SPD ein munteres Führungsquiz eröffnet hat. Beide starren auf den Aufstieg der AfD wie das Kaninchen auf die Schlange, indem sie sich an ein parlamentarisches Bündnis nach dem anderen klammern. Statt auf Mobilisierung und Klassenkampf setzen sie – nicht nur die SPD, sondern auch weite Teile der Linkspartei – auf ein Bündnis mit bürgerlichen „DemokratInnen“.

In Zeiten kommender Wirtschaftskrisen, akuter Handelskriege, baldiger Restrukturierungen im industriellen Sektor, Massenentlassungen und weiterer Prekarisierung der sozialen Bedingungen, einer vertieften ökologischen Gesamtkrise bedeutet diese Politik nichts anderes, als die Lohnabhängigen an eine Allianz mit den „demokratischen“ VertreterInnen des Kapitals zu binden und der AfD-Demagogie in die Hände zu spielen, dass sie als einzige „die einfachen Leute“ vertrete. Die Lehre kann nur lauten: Schluss mit diese Politik!

Der Kampf gegen Rechts darf dabei nicht auf den Kampf gegen die AfD beschränkt bleiben. Eine Linke,

eine ArbeiterInnenbewegung, die Hunderttausende Lohnabhängige von den rechten DemagogInnen wieder gewinnen will, muss den Kampf gegen die soziale Misere, die realen Missstände in Angriff nehmen. Dazu braucht es einen Kampf gegen Billiglohn und Hartz IV, gegen weitere drohende Entlassungen, für ein öffentliches Programm zum Ausbau der Infrastruktur, von Bildung, Gesundheitswesen, ökologischer Erneuerung im Interesse der Lohnabhängigen, kontrolliert von der ArbeiterInnenklasse und finanziert durch die Besteuerung der Reichen – um nur einige Beispiele zu nennen. Kurzum, es braucht den gemeinsamen Kampf der Linken, der Gewerkschaften wie aller ArbeiterInnenorganisationen.

Angesicht der drohenden Angriffe, und um gemeinsamen Widerstand zu entwickeln, brauchen wir Aktionskonferenzen auch bundesweit, um den Kampf gegen Rechtsruck, AfD, militante faschistische Gruppierungen und gegen die laufenden und drohenden Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und die Jugend, auf Arbeitsplätze und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu koordinieren.

#unteilbar in Dresden – 40.000 gegen rechts

Martin Suchanek, Infomail 1066, 25. August 2019

Massendemonstrationen beeindruckten durch Masse. Und die war gestern, am 24. August, in Dresden am Start. 40.000 Menschen waren dem Aufruf des Bündnisses [#unteilbar](#) gefolgt, um eine Woche vor den Landtagswahlen gegen den Rechtspopulismus der AfD wie den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck insgesamt zu demonstrieren.

Dutzende Trucks und Lautsprecherwagen zogen durch die Dresdner Innenstadt vom Neumarkt zur Cockerwiese, wo Abschlusskundgebung samt Konzert und Chill-Out stattfanden.

Die Trucks und Blöcke brachten im positiven Sinn die Breite und den Massencharakter der Mobilisierung zum Ausdruck. Allein das anti-rassistische Bündnis „Welcome United“ hatte 12 Lautsprecherwagen angemeldet. „Aufstehen gegen Rassismus“, zahlreiche ökologische Bündnisse, aber auch Gewerkschaften, attac, Linkspartei, SPD und Grüne waren mit größeren Blöcken vertreten.

Unter der „radikalen“ Linken war das anti-deutsch/anti-national ausgerichtete Bündnis „Nationalismus ist keine Alternative“ am stärksten vertreten, darüber hinaus aber auch zahlreiche andere Gruppierungen wie die MLPD, diverse

maoistische und stalinistische Organisationen.

Die Jugendorganisation REVOLUTION organisierte einen Block im Klima-Block und mobilisierte gemeinsam mit anderen zum Streik von Fridays for Future am 30. August, bei dem die Umweltfrage ebenso wie der Kampf gegen den Rechtsruck thematisiert werden wird. ArbeiterInnenmacht und REVOLUTION waren darüber hinaus mit einer Reihe von GenossInnen vertreten, die Zeitungen verkauften und Flugblätter verteilten.

Den Erfolg der Demonstration machte aber zweifellos aus, dass weit mehr Menschen mobilisiert wurden, als die verschiedenen Bündnisse, unterstützenden Gruppierungen alleine auf die Straße gebracht hätten. Ein großer Teil, vielleicht die Hälfte der TeilnehmerInnen, war keinen Blöcken zugeordnet, sondern lief entweder zeitweilig in verschiedenen mit oder am Rande der Demonstration. Neben Zehntausenden aus Dresden und Umgebung reisten auch viele Menschen mit Sonderzügen, Bussen aus anderen Bundesländern oder mit dem Regionalverkehr aus der Nähe an. So war die Regionalbahn gefüllt mit Menschen aus sächsischen oder brandenburgischen Kleinstädten und ländlichen Regionen, die bei #unteilbar aufmarschierten.

Konservative Reaktionen

Politisch drückt sich darin eine Polarisierung zwischen rechts und links aus. Auf der einen Seite befinden sich nicht nur die AfD, sondern auch CDU und FDP, auf der anderen die (vorgeblich) auf sozialen und ökologischen Ausgleich bedachten Parteien von SPD, Grünen bis zur Linkspartei. Kein Wunder also, dass neben den Parteivorsitzenden Kipping und Baerbock auch Olaf Scholz an der Demonstration teilnahm.

Aufgrund der politischen Krise der reformistischen ArbeiterInnenbewegung, der Gewerkschaften, aber auch der Schwäche der „radikalen Linken“ drückt sich die Ablehnung von AfD und CDU in einer klassenübergreifenden Allianz von links-bürgerlichen Grünen und reformistischen Parteien wie SPD und Linkspartei aus, die ihrerseits eine ideologisch dominierende Rolle in Bewegungen wie Seebrücke oder Fridays for Future spielen.

Diese Mobilisierung beunruhigt offenkundig nicht nur oder nicht einmal in erster Linie die AfD, sondern vor allem die CDU. Der sächsische Ministerpräsidenten Kretschmer ließ verlautbaren, dass er den DemonstrantInnen Respekt zolle. „Aber ich kann als CDU-Vorsitzender und Ministerpräsident nicht bei einer Veranstaltung dabei sein, bei der auch Kräfte wie die Antifa mit von der Partie sind.“ (<https://www.mdr.de/sachsen/dresden/dresden-radebeul/bericht-u>

[nteilbar-100.html](#))

Außerdem vertrete #unteilbar vieles, das der Position der CDU direkt entgegenstehe, z. B. die Haltung zum sächsischen Polizeigesetz oder zur Seenotrettung. Schließlich fürchtet Kretschmer, dass ein rot-rot-grünes Bündnis gegen die CDU geschmiedet werden könne (was Teile der CDU mit einer „Öffnung“ zur AfD beantworten möchten).

Auch die [FAZ](#) zeigte sich über #unteilbar schon vor der Demonstration beunruhigt – und zwar nicht in erster Linie wegen „Rot-Rot-Grün“. Die Zivilgesellschaft – insbesondere SPD und Grüne – machten durch ihre Zusammenarbeit mit „LinksextremistInnen“ im Rahmen des Bündnisses AntikapitalistInnen und Verfassungsfeinde „salonfähig“. Die FAZ fürchtet, dass die mangelnde Distanzierung von „Linksextremen“ bei #unteilbar oder auch bei Fridays for Future Antikapitalismus oder gar Kommunismus wieder eine große Bühne liefern könnte. Sollten die AktivistInnen weiter von SPD und Linkspartei, aber auch von den Grünen z. B. an Regierung desillusioniert werden, könnten sie sich womöglich den „einfachen Rezepten“ der „Linksradikalen“ zuwenden, in Enteignung, Revolution und Planwirtschaft ihr Heil suchen.

Die Befürchtung der FAZ mag angesichts des vorherrschenden kleinbürgerlichen und reformistischen Bewusstseins in den Bewegungen auf den ersten Blick übertrieben erscheinen. Doch mitunter offenbart die Bourgeoisie (oder eines der führenden Blätter des deutschen Kapitals) durchaus eine gewisse Weitsicht, wenn es um mögliche Gefahren für ihr System und dessen Stabilität geht.

Hoffnungen und Aufgaben

Unmittelbar richten sich die Hoffnungen der Masse der DemonstrantInnen, einschließlich eines großen Teils der von den aktuellen Bewegungen mobilisierten Menschen, zweifellos auf eine Reform des Systems durch einen „vernünftigen“, sozialen und ökologischen Umbau, durch eine Wiederbelebung eines um Umweltfragen erweiterten Sozialkompromisses. Diese Hoffnung wird noch zusätzlich dadurch genährt, dass sich bürgerliche PolitikerInnen wie Merkel und Macron als „vernünftige“, die Menschen aller Klassen „mitnehmen“ wollende Alternative zu Trump und Johnson, zu Putin und Xi präsentieren.

Doch diese Schönwetterversprechen bürgerlicher PolitikerInnen müssen in einer Zeit der unausgestandenen ökonomischen Krisen und der immer schärferen Konkurrenz zwischen den Großmächten rasch an ihre Grenzen stoßen. Selbst jede ernsthafte ökologische und soziale Reform erfordert in Zeiten wie diesen Massenmobilisierungen und die Mittel des Klassenkampfes – sie verlangt nicht nur Demonstrationen und alle möglichen „kreativen Aktionen“, sondern vor allem auch politische Massenstreiks, die das Kapital dort treffen, wo es weh tut – im Herzen der kapitalistischen Profitmacherei.

Die aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklung selbst offenbart immer wieder die Schranken von Reformismus und kleinbürgerlicher Politik. Menschen können so auch in Richtung klassenpolitischer, revolutionärer Alternativen gedrängt werden – falls RevolutionärInnen diese klar und deutlich formulieren.

Dazu ist es erstens notwendig, für ein über Demonstrationen und symbolische Aktionen hinausgehendes Aktionsbündnis von ArbeiterInnenorganisationen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der „radikalen“ Linken zu kämpfen. Gerade im Anschluss an die Aktionen von #unteilbar, an den globalen Klimastreik, angesichts der drohenden Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse, weiteren Rassismus und Kriegsgefahr wäre eine Aktionskonferenz ein Schritt, um die weitere Perspektive und Kampfschritte zu diskutieren und festzulegen. Diese könnte zugleich auch ein Mittel sein, eine drohende Umleitung der Bewegungen auf eine rein elektorale Scheinlösung – eine Regierung aus Grünen, SPD und Linkspartei – wenigstens zu erschweren. Den „radikalen“, anti-kapitalistischen Kräften käme die Aufgabe zu, gemeinsam die Initiative zu einer solchen Aktionskonferenz zu ergreifen, um so überhaupt erst Gewerkschaften oder andere Massenorganisationen zur Aktion zwingen zu können.

Zweitens muss angesichts der vorherrschenden klassenübergreifenden

Ausrichtung der Bewegung von RevolutionärInnen immer wieder die Klassenfrage stark gemacht werden. Diese bedeutet sicher auch, dass ein stärkeres Gewicht auf ökonomische, soziale und gewerkschaftliche Fragen gelegt werden muss – zumal und gerade angesichts drohender Massenentlassungen im gesamten Bundesgebiet.

Doch revolutionäre Klassenpolitik geht weit darüber hinaus. Sie muss als Politik begriffen werden, die sich gegen jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung richtet und deren Ziel im revolutionären Sturz des Kapitalismus besteht – der notwendigen Voraussetzung für eine sozialistische Umgestaltung aller Lebensbereiche. Eine solche Politik fällt nicht vom Himmel. Sie bedarf eines klaren, revolutionären Aktionsprogramms und des Kampfes für eine neue revolutionäre Partei und Internationale.

Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg: Wählt DIE LINKE, aber organisiert den Kampf!

Peter Böttcher/Tobi Hansen, Neue Internationale 239, Juli/August 2019

Bolsonaro, Trump, Duterte, Modi, Salvini, Orbán – sie alle stehen für einen weltweiten tiefgreifenden Rechtsruck und den Vormarsch reaktionärer, rechts-populistischer Kräfte. Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 1. September in Sachsen und Brandenburg und am 27. Oktober in Thüringen drohen – trotz einer Zunahme von fortschrittlichen Bewegungen wie Fridays for Future oder der Popularität der Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ -, auch hierzulande einen weiteren Erfolg für die Rechten zu bringen.

Rechtsruck droht

Gerade im Osten profitiert nach wie vor und vor allem die AfD von der Dauerkrise der Bundesregierung und schiebt diese eben weiter nach rechts. Das brachten just die Kommunalwahlen in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sowie die EU-Wahlen in den östlichen Bundesländern zum Ausdruck.

Sollte die AfD es schaffen, bis zu den Landtagswahlen weiter an Zuspruch zu gewinnen, dann wäre selbst eine derzeitig noch unwahrscheinliche Koalition zwischen ihr und der CDU nicht gänzlich auszuschließen.

Eines dürfte bereits vor den Landtagswahlen in Brandenburg

und Sachsen feststehen: Die bestehenden Koalitionen bekommen keine Mehrheit und werden abgewählt. In beiden Bundesländern kann die AfD bei über 20 % landen, könnte sie zur stärksten Kraft werden. Bei Union und SPD wird es ausschließlich um die Höhe der Verluste gehen und in welchen Konstellationen sie noch regierungsfähig sind. Auch der Linkspartei drohen Stimmenverluste, wenn auch nicht so dramatische wie der SPD in Brandenburg oder der CDU in Sachsen.

Die Wahlen werden auch in einer weiteren Hinsicht den Bundestrend der letzten Jahre bestätigen: Die Grünen legen deutlich zu und werden wahrscheinlich in beiden Bundesländern zweistellige Ergebnisse erzielen. Erfreulich könnte nur sein, dass es die FDP eventuell nicht über die 5-Prozent-Hürde schafft.

Unabhängig davon, welche Parteien nach den Wahlen gemeinsam die Regierung bilden werden, steht schon jetzt fest: Die AfD wird gestärkt und wird die CDU wie die anderen Parteien weiter „treiben“. Schon jetzt haben die etablierten Parteien auf den Rechtsruck mit einer Anpassung ihrer Rhetorik und Politik an die AfD reagiert. In vielen Bundesländern wurden autoritäre Polizeigesetze verabschiedet, die Asylgesetze verschärft, Abschiebungen massiv ausgeweitet. Forderungen nach einer Obergrenze für Geflüchtete wurden sogar aus

der Linkspartei laut.

Erosion des Parteiensystems

Die Verluste für die Regierungsparteien kommen dabei sicher nicht unverdient. CDU, SPD und Linkspartei haben in den Landesregierungen den miserablen Status quo verteidigt und sind beim Verfall ganzer Regionen untätig geblieben. Regieren tun sie als „Verwalterinnen“ des weitgehend deindustrialisierten Ostens, dessen Bevölkerung weiter abwandert. Bis heute gibt es hier längere Arbeitszeiten bei geringeren Gehältern und Renten als im Westen. Gerade die ländlichen Regionen leiden nicht nur unter Abwanderung, sondern sind auch in der Entwicklung der Infrastruktur abgehängt. Die selektiven Ansiedlungen von industrieller Produktion und Logistik stellen eher kommerzielle Inseln in einer benachteiligten Region dar als in „blühenden Landschaften“.

Gerade in den ostdeutschen Parlamenten wird die „Spaltung“ des aktuellen Parteiensystems besonders deutlich. Speziell der Niedergang der Union als konservative „Volkspartei“ legt hier die Grundlage für den Aufstieg der AfD. Auch wenn die CDU/CSU bundesweit noch immer die wichtigste politische Kraft des deutschen BürgerInnentums darstellt, so ist ihre

Fähigkeit, verschiedene Einzelinteressen des Kapitals mit jenen des KleinbürgerInnentums und lohnabhängiger Mittelschichten bis hinein in christlich-geprägte ArbeiterInnenmilieus zu vermitteln, mehr und mehr unterhöhlt. Es ist kein Zufall, dass dieser Prozess gerade im Osten stärker ausgeprägt ist, weil es dort eine schwächere KapitalistInnenklasse gibt und die kleinbürgerlichen und Mittelschichten ein weniger stabiles Milieu darstellen, das weniger Vertrauen in „ihren“ Staat und „ihre“ Parteien entwickeln konnte als im Westen. Daher verfängt der Rechtspopulismus der AfD umso mehr. Er nährt sich zusätzlich aus der Enttäuschung und Frustration von politisch rückständigeren ArbeiterInnenschichten über die Politik von SPD und Linkspartei, für die die Grünen weniger als Alternative erscheinen als im Westen.

Und die ArbeiterInnenbewegung?

Schon bei den letzten Wahlen hatte die SPD in Sachsen ein „historisches“ Problem, über 20 % der Stimmen zu erhalten. Dies wird mittlerweile auch für die Linkspartei fast unmöglich. Alle ihre Regierungsbeteiligungen haben eben nicht die Lebensbedingungen der Menschen verbessert. Weder Hartz IV noch Armutsrenten noch 1-Euro-Jobs wurden durch diese abgeschafft, allenfalls etwas milder ausgestaltet. De

facto hat sie versucht, etwas sozialere Politik zu betreiben wie aktuell in Thüringen mit mehr Stellen im öffentlichen Dienst. Nur bleibt dies weiterhin meilenweit dahinter zurück, was sich die ostdeutsche ArbeiterInnenklasse versprochen hat. Sie wird so zum Opfer ihrer eigenen Illusionen in die „Spielräume“ parlamentarischer Politik. Noch so „geschickte“ koalitionäre Winkelzüge können keine grundsätzlichen Veränderungen herbeiführen. Vielmehr führt ihre „Realpolitik“ von einem faulen Kompromiss mit dem Kapital, von einem Zugeständnis an InvestoreInnen oder die Kohlelobby in der Lausitz zum nächsten. Der lahme Parlamentarismus der Linkspartei, von der SPD ganz zu schweigen, stellt nur die Folge ihres Stillhaltens im Klassenkampf dar.

Der Rechtsruck, dem sie jetzt zum Opfer zu fallen drohen, wurde von ihrer Politik maßgeblich mit verursacht. So ist der Vormarsch der AfD nicht zu stoppen – und erst recht nicht durch eine Anbiederung an die CDU oder ein „Bündnis aller DemokratInnen“ gegen sie. Mittel- und langfristig wird das nur den Nimbus des Rechtspopulismus, einzige Partei zu sein, die gegen eine abgehobene Elite das „einfache Volk“ vertritt, stärken. Abmachungen mit der CDU bei Wahlen oder gar die „Duldung“ einer CDU-geführten Regierung (von einer Koalition ganz zu schweigen) werden letztlich die AfD nur stärken – und mit ihr

noch rechtliche Kräfte.

Neben ihr existieren schon heute die Spaltprodukte Blaue Partei von Petry und der ADP (Aufbruch deutscher Patrioten) von Poggenburg.

Gerade in Thüringen und Sachsen ist die NPD noch regional stark verankert und auch Der III. Weg und die Identitäre Bewegung (IB) sind in der und um die AfD aktiv. Hier baut sich die nationalistische Szene massiv auf.

Für die ArbeiterInnenbewegung und „Linke“ stellt sich daher im Osten die Aufgabe, sich dem entgegenzustellen, sich eben nicht auf den Staat zu verlassen, sondern selbstständig tätig zu werden. Das bedeutet auch, dass an SPD und Linkspartei (wie auch an die Gewerkschaften) die Forderung gestellt werden muss, unabhängig von allen bürgerlichen Parteien politisch zu mobilisieren und zu agieren und keine weiteren Koalitionen mit der CDU einzugehen wie auch nicht mit den Grünen, die sich anschicken, eine neue Führungskraft des „aufgeklärten“ BürgerInnentums zu werden.

Wählt Linkspartei, aber organisiert den Kampf!

Niemand sollte angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre Illusionen in die Politik und Strategie von SPD und Linkspartei hegen. Beide

stützen sich zwar sozial über organische Bindungen (seien es die Gewerkschaften, Vorfeldorganisationen wie die Volkssolidarität) und historische Traditionen auf die organisierte ArbeiterInnenklasse. Gerade bei der SPD erodierte diese, nicht nur im Osten, jedoch gewaltig.

Proletarisch ist an der bürgerlichen ArbeiterInnenpartei DIE LINKE also letztlich wie bei der SPD nur ihre soziale Basis, ihre Politik trägt einen offen bürgerlichen Klassencharakter. Aber trotz ihrer Schwächung repräsentiert sie nach wie vor in Sachsen, Thüringen und Brandenburg einen bedeutenden Teil der ArbeiterInnenklasse und der Jugend. Diese Mitglieder, GewerkschafterInnen und WählerInnen sind unerlässlich, wenn es gegen den Rechtsruck, gegen Angriffe von Bundes- und Landesregierung Widerstand und um erfolgreichen Kampf gehen soll.

Mit der Wahl der Linkspartei werden sie – besonders die politisch auch gegen die Große Koalition und die SPD-Politik auf Bundesebene eingestellten – ein Zeichen gegen AfD und CDU, aber auch die Scheinalternative der Grünen setzen wollen. Auch wenn wir die reformistischen Illusionen dieser WählerInnen nicht teilen, so sehr wohl ihr Ziel, ein Zeichen nicht nur gegen rechts, sondern gegen alle bürgerlichen Parteien inklusive der SPD zu setzen. In der Wahl der Linkspartei drückt sich, wenn auch verzerrt,

das Bedürfnis aus,
eine Stimme für die ArbeiterInnenklasse, für „links“
abzugeben.

Da es sich bei den Wahlen auch um eine politische
Konfrontation zwischen dieser bürgerlichen ArbeiterInnenpartei
und den offen
bürgerlichen Parteien handelt, kann für uns als
KommunistInnen, die für eine
Eigenkandidatur zu schwach sind, eine Wahlempfehlung nicht
egal sein. Daher
rufen wir zur kritischen Unterstützung der Partei DIE LINKE
auf. Sie ist die
einzige relevante ArbeiterInnenpartei, die auf die neoliberale
Politik der
GroKo und auf den Rassismus der AfD mit sozialen Forderungen
antwortet und
soziale Bewegungen auf der Straße unterstützt.

Sicher hat sie durch Regierungsbeteiligungen auf Landesebene
schon oft bewiesen, dass sie auch keine Politik im Interesse
der ArbeiterInnen
macht. Solange sie jedoch in der Opposition bleibt, kann sie
unbequeme Fragen
stellen, den Finger in die Wunde legen und die bürgerliche
Politik der
Regierenden als arbeitertInnenfeindlich entlarven. Sie kann
aber auch Illusionen
in ihre Politik regenerieren. Daher kombinieren wir die
kritische Unterstützung
der Linkspartei mit Forderungen, auf der Straße, in den
Betrieben und
Gewerkschaften und in den sozialen Bewegungen gemeinsam zu
kämpfen!

Einheitsfront gegen rechts

Tatsächliche, grundlegende Veränderungen des herrschenden Systems können durch Wahlen ohnehin nicht erreicht werden. Um den Rechtsruck zu stoppen und die neoliberale Politik der Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen zu bekämpfen, braucht es eine breit aufgestellte, soziale und antirassistische Bewegung. Eine gemeinsame Aktionseinheit, bestehend aus den Organisationen der ArbeiterInnenklasse, also den linken Parteien, Gruppen und den Gewerkschaften, wäre imstande, dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen.

Um eine solche Bewegung aufzubauen, müssen wir bereits im Hier und Jetzt für die Schaffung einer antirassistischen, proletarischen Einheitsfront eintreten, entsprechende Bündnisstrukturen und Aktionskomitees aufbauen und umgehend Aktionskonferenzen organisieren. Letztlich müssen wir den antirassistischen Kampf mit einer antikapitalistischen, sozialistischen Perspektive verknüpfen. Denn das kapitalistische System bietet Rassismus und Faschismus erst den Nährboden, auf dem diese gedeihen können. Die Demonstrationen von „#unteilbar“ in Sachsen – insbesondere die Großdemonstration am 24. August in Dresden – bieten eine Möglichkeit, diese Politik offensiv auf die Straße zu tragen.

Landtagswahlen und Bundespolitik: GroKo- Dämmerung?

Tobi Hansen, Neue Internationale 239, Juli/August 2019

Die Große Koalition (GroKo) in Sachsen und SPD/Linkspartei in Brandenburg werden für ihre Politik abgestraft. Damit sind auch bundespolitische Konsequenzen zu erwarten. Wieder verliert die Bundesregierung Stimmen im Bundesrat, diskutiert die Linkspartei, wo ihre WählerInnen hin sind.

Gewinnerinnen

Neben der AfD werden auch die Grünen von der massiven Krise der Bundesregierung und ihrer Parteien profitieren. Waren die ostdeutschen Bundesländer zu Zeiten von „Bündnis 90“ für die Grünen nicht sonderlich vielversprechend, legen sie dort nun aber zu. In den Umfragen liegen sie in Sachsen bei 14 %, in Brandenburg bei 17 % und kämpfen mit vier anderen Parteien um die Spitzenposition.

Sicher ist, dass dies nicht ausschließlich an vegan lebenden Großstadtmenschen liegen kann, die sich dem Kosmopolitismus verschrieben haben. Die gleichzeitige Schwäche der FDP (jeweils bei 5 % in den Umfragen) zeigt auf, dass sich kleinbürgerliche und proletarische Schichten von ihren traditionellen VertreterInnen (CDU, SPD, Linkspartei) abwenden und Teile davon bei AfD und Grünen eine „Alternative“ suchen.

Und so werden die Grünen speziell unter der jüngeren Generation massiv gewinnen, enttäuschte WählerInnen von SPD und Linkspartei auffangen – davon gibt es eine Menge.

Bruch der Bundesregierung?

Eher unwahrscheinlich scheint derzeit der offene Aufstand innerhalb der CDU, um möglicherweise nach den Landtagswahlen eben doch direkt zu Koalitionen mit der AfD zu kommen. Dies wäre das direkte Ende von Kramp-Karrenbauer. Allerdings sind Äußerungen der stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden in Sachsen-Anhalt, Ulrich Thomas und Lars-Jörn Zimmer, über mögliche Koalitionen ab 2021 ein Fingerzeig für die tiefe Krise der Union und künftige strategische Auseinandersetzungen in der (noch) führenden bürgerlichen Partei Deutschlands. Thomas hofft, dass sich die

„liberalen“ Kräfte in der AfD durchsetzen und die Union neben einem
entschiedenen Kampf gegen Migration und die „Linken“ wieder
„das Soziale mit
dem Nationalen“ versöhnt.

Nach verlustreichen Landtagswahlen,
speziell wenn Sachsen an die AfD verloren würde, könnte die
„Werteunion“ als
national-bündische UnternehmerInnenclique mit z. B. Friedrich
Merz die
öffentliche Debatte um ein GroKo-Ende, um mögliche Neuwahlen
wie auch
Kanzlerkandidaturen neu entfachen.

Die SPD hat aktuell den „Vorteil“, dass sie
den Kollaps schon weitgehend hinter sich hat. Mit einem
kommissarischen
Vorstand verschafft sie sich Zeit bis zur Sondierung der neuen
Doppelspitze,
setzt brav die Regierungspolitik um.

Wenig hören wir von der Grundrente oder,
wie Hartz IV verändert werden soll – anscheinend bei den
Landtagswahlen in
Ostdeutschland kein SPD-Thema. Die SPD stellt in Brandenburg
mit Woidke noch
einen Ministerpräsidenten, in Sachsen und Thüringen fungiert
sie als
„Juniorpartnerin“.

Diese Gemengelage der beiden regierenden
Parteien lässt keine „Stabilität“ nach möglichen desaströsen

Landtagswahlen

erwarten. Daher bleibt die Möglichkeit einer Implosion der Großen Koalition noch in diesem Kalenderjahr durchaus realistisch.

Eine SPD könnte mit einer neuen Doppelspitze die Neuwahlen angehen, die CDU mit einem möglichen Kanzlerkandidaten Merz FDP und AfD etwas zu schröpfen versuchen – so könnten sie sich „verabredete“ Neuwahlen für Anfang 2020 schönreden. In Brandenburg und Sachsen werden wohl Koalitionen gebildet werden, die ähnlich wie in Sachsen-Anhalt äußerst labil und eigentlich von keinem gewollt sind. Die Krise bürgerlicher Politik wird fortgesetzt.

Der Aufstieg der Rechten

Die Krise der Europäischen Union, , Liga für die Fünfte Internationale, Kapitel 5, Broschüre der Gruppe ArbeiterInnenmacht, April 2019

In den letzten zehn Jahren hat Europa eine Reihe von beeindruckenden sozialen und politischen Kämpfen erlebt. Die griechischen ArbeiterInnen und Jugendlichen erhoben sich gegen die

Sparprogramme, verdrängten die Regierungen von Pasok und Nea Dimokratia, organisierten Dutzende von Generalstreiks, brachten Syriza an die Macht und waren bereit, sich der von der EU und dem IWF auferlegten Sparpolitik zu widersetzen. Ähnliche Kämpfe, wenn auch in geringerem Umfang, gab es in Ländern wie Spanien und Portugal. In Frankreich erzwangen die ArbeiterInnen- und StudentInnenbewegungen Zugeständnisse und Rückzüge sowohl vom rechten Präsidenten Nicolas Sarkozy als auch vom Vorsitzenden der Sozialistischen Partei François Hollande bei einigen ihrer „Reformen“.

Im Jahr 2015/2016, als Millionen von Flüchtlingen vorübergehend in der Lage waren, die rassistischen und militarisierten Grenzregime zu überwinden und in die Festung Europa einzudringen, begrüßten sie Millionen von UnterstützerInnen.

Aber die historischen Kämpfe in Griechenland und die antirassistische Welle der Solidarität mit Flüchtlingen wurden besiegt. Über die Grenzen der EU hinaus führte die Niederlage des Arabischen Frühlings nicht nur zur Flüchtlingskrise in Europa, sondern verschärfte auch das Gefühl, dass die Hoffnungen der Widerstandswelle 2010/2011 zunichtegemacht worden waren.

Es waren diese Niederlagen, nicht nur die Krise der Europäischen Union, die die Rechte hervorbrachten, den Aufmarsch offen rassistischer, islamfeindlicher und chauvinistischer Kräfte im bürgerlichen Lager und reaktionäre Massenmobilisierungen in allen Ländern. Rechte Parteien wurden zu Massenkräften in der Gesellschaft, sowohl auf der Straße als auch in den Parlamenten.

Die rechtspopulistischen, nationalistischen und rassistischen Parteien waren bereits bei den Europawahlen 2014 große Gewinnerinnen, und dasselbe ist für 2019 zu erwarten. Sie präsentieren sich gegenüber der EU als die großen Verteidigerinnen der „Nation“, die endlich die Bürokratie in Brüssel „ausmisten“ wollen, die die „Fremdherrschaft“ beenden wollen. Sie stellen die EU als ein Projekt gegen die nationalen Interessen dar. Die „Brexit“-Kampagne im Jahr 2016 fasste die Versprechen dieses bürgerlich-nationalen Lagers am besten zusammen, als der damalige britische Außenminister Boris Johnson versprach, dass das gesamte Geld, das nach Brüssel fließe, nach dem Brexit in das britische Gesundheitssystem, den NHS, gelangen würde.

Eine solche Demagogie ist zu einem einfachen, aber wirksamen Instrument für Rechtsextreme aller Art geworden, um

Unterstützung gegen die EU zu sammeln. Im Mittelpunkt stehen dabei „klassischer“ Nationalismus und Rassismus. Das Problem seien nicht der Kapitalismus, sondern die „AusländerInnen“. Manchmal wird die EU sogar als das Werk einer internationalen Verschwörung gegen das „Volk“ dargestellt, in der die dunklen Kräfte des „Kosmopolitismus“ für das Kapital wirken würden. Hier beginnt neben der vorherrschenden Islamophobie das Monster des Antisemitismus sein hässliches Haupt zu erheben. Auf diese Weise verbinden einige von ihnen Rassismus entweder mit einer neoliberalen Agenda (wie FPÖ, Fidesz, Lega oder die Mehrheit der deutschen AfD) oder mit einem nationalistischen „Antikapitalismus“, mit Islamophobie und Antisemitismus einschließlich aller möglichen Mischformen.

Bei Wahlen und in anderen Massenkampagnen sind diese RechtspopulistInnen immer bereit, sich aus der EU zurückzuziehen oder eine „Wiederherstellung“ der nationalen Souveränität zu versprechen, sei es in der Finanzpolitik oder beim Grenzregime. Wie es bei populistischen DemagogInnen üblich ist, hat dies jedoch nicht unbedingt etwas mit ihrem Handeln zu tun, wenn sie in die Regierung eintreten. So freut sich Viktor Orbán, Verteidiger der christlich-ungarischen Zivilisation gegen die von George Soros gestifteten Institutionen für höhere Bildung und

Menschenrechte, dass „seine“ ungarischen ArbeiterInnen vom deutschen Industriekapital mit Hilfe eines „Sklavengesetzes“, das bis zu 400 unbezahlte Überstunden pro Jahr erlaubt, über-ausgebeutet werden, um so die Interessen der InvestorInnen aus der BRD zu bedienen.

Auch in Österreich hat die FPÖ ihre Forderungen nach einem Referendum über den Austritt aus der EU schnell zurückgenommen, da der österreichische Kapitalismus von der Unterwerfung der osteuropäischen Volkswirtschaften profitiert. Selbst die derzeit recht „hartnäckige“ italienische populistische Regierung hat ihre „Ixit“-Pläne vorerst beiseitegelegt. Schließlich sollen zunächst mit der EU über eine Umschuldung der horrenden Staatsschulden verhandelt werden und gleichzeitig die von der ehemaligen „technokratischen Regierung“ von Mario Monti (2010-2012) vereinbarten Verpflichtungen erfüllt werden. Auch Marine Le Pen, die Führerin der französischen Rassemblement National, versuchte, an die französischen bürgerlichen WählerInnen zu appellieren, indem sie ihre Forderung nach einem Rückzug aus der EU abschwächte.

Viele dieser Kräfte wollen einen „neuen“ kapitalistischen Deal mit der EU. Salvini, der italienische Innenminister und Führer

der Lega, schlug sogar vor, dass sein Land in Zusammenarbeit mit Deutschland ein neuer Ko-Führer Europas werden sollte, indem er sich auf die Idee einer „Achse Rom-Berlin“ bezog. War dies nur eine unglückliche Redewendung oder ein Signal an AnhängerInnen der extremen Rechten?

Die rechtspopulistischen Parteien sind mit ihren sozial-nationalen Versprechungen und der entsprechenden Rhetorik tief in die Wählerschaft der konservativen „Volksparteien“ sowie der sozialdemokratischen oder „sozialistischen“ Parteien Europas eingedrungen.

Diese Erfolge in der ArbeiterInnenklasse sowie im Kleinbürgertum haben diesen Parteien eine Unterstützung zwischen 15-25 Prozent in den Umfragen und Wahlen

beschert. Es ist ihnen gelungen, die Feindseligkeit gegenüber der EU zu

absorbieren, indem sie sich als Verteidigerinnen des „einfachen Volkes“

präsentieren oder sogar, ähnlich wie Trump in den USA, behaupten die

(einheimischen) arbeitenden Menschen zu vertreten, die von ihren traditionellen

Parteien verlassen worden wären. Dass sie damit durchkommen können, liegt nicht

zuletzt daran, dass sozialistische und andere ArbeiterInnenparteien zu

Agentinnen neoliberaler Reformen geworden sind und ihre alten sozialistischen

Programme und ihre Identifikation mit dem Proletariat heruntergespielt oder

aufgegeben haben. Hinzu kam die Schwäche der Gewerkschaften bei der Bekämpfung

der Sparpolitik der nationalen Regierungen, die von den EU-Institutionen unterstützt wurden. Unterdessen führte die Deindustrialisierung ganzer Regionen, der Ersatz von sicheren durch unsichere Arbeitsplätze zur Schrumpfung der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung, obwohl die lohnabhängige ArbeiterInnenklasse beileibe nicht verschwunden war.

Mit ihren Erfolgen öffnen solche rechtspopulistischen Parteien auch den Weg für offen faschistische Kräfte. In vielen Staaten gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen ihnen. Militante Organisationen sind keine Seltenheit mehr. Gewalttätige Angriffe auf MigrantInnen, Flüchtlinge und Linke, auch Mord, sind Realität geworden. Zusammengenommen stellen die RechtspopulistInnen, die rassistischen Bewegungen und die faschistischen Kräfte eine echte und unmittelbare Bedrohung für die ArbeiterInnenklasse des Kontinents dar. Dies setzt sich fort und verschärft sich noch, wenn sie an der Regierung sind. Sie verbinden Rassismus mit massiven Angriffen auf die Rechte der ArbeiterInnenklasse und die von Frauen, Minderheiten usw.

Viele europäische Regierungen und Mainstream-Parteien, darunter die Sozialdemokratie und Teile der Linken, haben zum Aufstieg der Rechten durch eine rassistische Politik in

Regierungen und Parlamenten beigetragen. Die EU hat das Mittelmeer de facto abgeschottet und überwacht es mit militärischen Kräften. Alle Länder haben massive Angriffe auf die demokratischen Rechte sowie auf die Rechte von ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlingen unternommen. Nur als überausgebeutete ArbeiterInnen oder hochqualifizierte Arbeitskräfte sind sie „willkommen“.

Die Anpassung an die Rechten ist aber auch das Ergebnis der inneren Krise und der imperialistischen Ambitionen der EU und ihrer führenden Staaten selbst. Antimuslimischer Rassismus ist zur dominierenden Form des Rassismus in ganz Europa geworden, nicht nur, weil er ein fester Bestandteil der rechten Agenda ist, sondern auch, weil er neue „Antiterror“-Gesetze, mehr Rechte für die Polizei, die Verkündung von „Ausnahmezuständen“ und die „humanitären“ Interventionen im Nahen Osten oder Afrika rechtfertigt.

EU-Wahlen 2019: Vor der

nächsten Krise

Tobi Hansen, Neue Internationale 2019, Juni 2019

Wie beim parlamentarischen Schauspiel üblich freuten sich zunächst alle SpitzenkandidatInnen und Parteien über die gestiegene Wahlbeteiligung. Erstmals seit 1994 ging mit 50,97 % europaweit mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten an die Urne. Kein Wunder, denn verschiedenste gesellschaftliche Kräfte stilisierten die Europawahlen zu einer „Schicksalswahl“ – seien es die „europaskeptischen“ und rechtspopulistischen AkteurInnen, welche schon 2014 einige Erfolge feiern konnten, seien es die VertreterInnen des „Mainstreams“ um die Konservativen und SozialdemokraInnen, seien es Liberale oder Grüne.

Allesamt betrachteten die Wahlen als eine Art „Kampfabstimmung“ über die Zukunft Europas – selbst wenn sie natürlich nur diese keineswegs entscheiden. Ihr Ausgang verdeutlicht jedoch nicht nur, dass eine größere Zahl politischer Kräfte wie auch der Bevölkerung den Urnengang als eine wichtige politische Auseinandersetzung betrachteten – er brachte auch, wenn auch nur wenig überraschende, Verschiebungen des Kräfteverhältnisses in der EU bzw. in den einzelnen Staaten zum Ausdruck.

Weitere Zersplitterung des bürgerlichen Lagers

Die sogenannten „Volksparteien“, die etablierten Regierungskräfte aus Europäischer Volkspartei (EVP) und S&D (Fraktion der Progressiven Allianz der SozialdemokratInnen) haben wieder Wahlen verloren. Dies ist weder national noch europäisch eine Überraschung derzeit. Die EVP erhielt gerade noch 178 Sitze, verlor also gegenüber 2014 39, also gut 20 Prozent. Besonders dramatisch fielen die Verlust der Konservativen in Deutschland aus. Die Niederlage der Tories reiht sich darin ein, auch wenn die britischen Konservativen der EVP-Fraktion seit längerem nicht mehr angehören und deren Niederlage durch das Brexit-Desaster extrem verschärft wurde.

Auf der Ebene des EU-Parlaments haben Christ- und SozialdemokratInnen zusammen keine Mehrheit. Sie sind angewiesen auf die Unterstützung von Liberalen und/oder Grünen für die nächste Kommission. Die ehemalige „Große Koalition“ in der EU stellte die klare Wahlverliererin.

Angesichts der gleichzeitigen Stärkung der rechtspopulistischen Parteien setzt sich die Fragmentierung des

bürgerlichen Lagers weiter fort. Es ist „zersplittert“. Dies zeigt auch die unterschiedliche Orientierung der bürgerlichen Kräfte in der EU auf und einen eindeutigen Verlust der Hegemonie der konservativen Parteien im bürgerlichen Lager.

Klare Verliererinnen sind auch die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien der Sozialdemokratie und der europäischen Linkspartei. Zusammen stellen sie weniger als 200 von 751 Abgeordneten.

Die S&D-Fraktion errang nur noch 153 Mandate und verlor 32 Sitze gegenüber den vorherigen Wahlen. Die Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke stellt zukünftig 38 ParlamentarierInnen – 14 weniger als in der letzten Periode.

Gegensätze

Dieser Wahlausgang verdeutlicht die Krise der EU, des bürgerlichen Lagers wie auch der ArbeiterInnenbewegung. Was die bürgerlichen Klassen betrifft, so finden die herrschenden Kapitalfraktionen der EU-Mitgliedsstaaten immer weniger zu einer gemeinsamen Perspektive und Zielsetzung für die Union. Dies kommt auch beim Streit um den/die nächste/n KommissionschefIn zum Ausdruck. Die EVP und

damit die
Christliche Union schicken den CSUler Weber ins Rennen, den
der französische
Präsident Macron offen ablehnt. Er fürchtet zu viel „deutschen
Einfluss“, zumal
die Neubesetzung des EZB-Chefs durch Bundesbankchef Weidmann
nur schwer
verhinderbar erscheint. Diese und andere Personalfragen werden
vor dem Hintergrund
des Kampfes um die zukünftige Ausrichtung der EU erst
verständlich – und
bewegen sich daher nicht zufällig zwischen heftiger Zuspitzung
und
Postenschacher hinter den Kulissen. Während alle – von den
Konservativen,
Liberalen, Grünen bis zu den SozialdemokratInnen – nicht müde
werden, sich zu
„Europa zu bekennen“, so fürchtet doch jede/r, von den
„PartnerInnen“ über den
Tisch gezogen zu werden. Darüber hinaus darf niemand
vergessen, dass gerade die
größeren bürgerlichen Fraktionen eben keine „europäischen
Parteien“, sondern
letztlich immer die herrschende Klasse oder eine Fraktion
ebendieser aus einem
europäischen Nationalstaat repräsentieren. Dementsprechend
werden auch die
Verhandlungen der nächsten Wochen geführt. Nur eines scheint
sicher – Neoliberalismus,
Rassismus nach außen und nach innen, Aufrüstung und
Verschärfung der
Repressionen werden auch durch die neue Kommission forciert.

Stärkung von Liberalen und Grünen

Während die Grünen speziell in Deutschland stark zulegen, die SPD überrundeten und zweitstärkste Kraft wurden, konnten die Liberalen von der neuen französischen Regierungspartei La République en Marche, aber auch neue Parteien aus Osteuropa wie die tschechische Regierungspartei ANO 2011 des Populisten und Oligarchen Babis ebenso punkten. Die gestiegene Wahlbeteiligung, besonders unter Erst- und JungwählerInnen, kam dem liberalen und grünen Spektrum zu Gute. Die Fraktion der Allianz der Liberalen und DemokratInnen für Europa (ALDE) stellt nunmehr 105 Abgeordnete (gegenüber 69 in der letzten Periode), die europäischen Grünen 69 (plus 17).

Speziell ErstwählerInnen wurden über die Klimafrage und die „Fridays-for-Future“-Bewegung mobilisiert. Dort stellen grüne Parteien und Organisationen wie auch linksbürgerliche NGOs einen entscheidenden Faktor für die Mobilisierung auf der Straße dar, was sich auch bei den Wahlen widerspiegelt. Während manches vor den Wahlen über die Einflussnahme Russlands via soziale Medien spekuliert wurde, lässt sich nun feststellen, dass vor allem die grüne Mobilisierung viele WählerInnenstimmen

gebracht hat. Dadurch wurden auch Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit Schlagworte des Wahlkampfes, dort hatten sowohl Christ- als auch SozialdemokratInnen eher wenig zu bieten.

Die Rechte konsolidiert sich

Derzeit ist noch nicht klar, wie die neue gemeinsame Fraktion der RechtspopulistInnen und NationalistInnen aussehen wird. Ziel soll es sein, die drittstärkste Fraktion zu stellen.

Symbolhaft für die Krise der EU lässt sich feststellen, dass bei den größten

Konkurrenten zum deutschen Imperialismus, in Frankreich und Italien, die

Rechten die stärkste Kraft geworden sind. Le Pen konnte auch mit dem

umbenannten RN (Rassemblement National – Nationale Sammlungsbewegung) das

Ergebnis von 2014 wiederholen und liegt einen Prozentpunkt vor der Macron

Partei La République en Marche (23 % zu 22 %), wie auch die italienische Lega

jetzt führende Kraft der europäischen Rechten ist. Mit Innenminister Salvini

als Spitzenkandidat holte sie 33 % und ließ den Koalitionspartner Fünf Sterne

mit 16 % klar hinter sich. Dies bestätigt auch den Trend der letzten

Regionalwahlen. In der bisherigen ENF-Fraktion (Europa der Nationen und der

Freiheit) sind die AfD und die FPÖ bislang sichere

Partnerinnen. Wer dazu kommen soll, gilt als unsicher.

Einheitliche Rechte?

Inwieweit sich die SchwedendemokratInnen, die polnische Regierungspartei PiS, die „Brexit Party“ von Farage oder verschiedene flämische NationalistInnen (Nieuw-Vlaamse Alliantie und Vlaams Belang), neue spanische FranquistInnen (Vox) einfangen lassen, ist fraglich.

Mit Salvini versucht sich auch der ehemalige US-Präsidentschaftsberater Bannon als Strippenzieher im EU-Parlament zu beweisen. Der ehemalige „Breitbart-News“-Chef gründete eine Stiftung in Brüssel und eine Akademie in Rom. Ziel ist es, möglichst viele Parteien aus den Fraktionen der EKR (Europäische Konservative und ReformerInnen) und der EFDD (Europa der Freiheit und der direkten Demokratie) zur ENF hinüberzuziehen.

Realistisch scheint eine „neue“ ENF-Fraktion, welche die Grünen und die Liberalen (ALDE) hinter sich lässt. Damit hätte sich über die Wahlen 2014 und 2019 eine neue rechtspopulistische Fraktion etabliert. Das soll aber nicht darüber

hinwegtäuschen, dass die
RassistInnen und NationalistInnen durch innere Gegensätze
zerrissen sind – sei
es bei der Finanzpolitik wie auch bei dem Verhältnis zu
Russland, was speziell
für osteuropäische Parteien einen Knackpunkt darstellt.

Die bürgerlichen ArbeiterInnenparteien

Auf der Iberischen Halbinsel
erschien die Farbe Rot auf der Wahlkarte. Gemeinsam mit den
Niederlanden waren
Portugal und Spanien die einzigen Staaten, in denen die
etablierte
Sozialdemokratie Siege einfahren konnte, zum Teil auch auf
Kosten dortiger
Linksparteien wie Podemos. In Portugal vermochten auch der
Linksblock und die KP
zuzulegen.

Auf der Pyrenäenhalbinsel konnte
sich die Sozialdemokratie als soziale Kraft für die EU und als
soziale,
demokratische und fortschrittliche Alternative zu den Rechten
präsentieren und
im Gegensatz zu fast allen anderen Staaten Hoffnungen der
ArbeiterInnenklasse
auf sich ziehen. Jetzt kann sie noch als „Zünglein an der
Waage“ auftreten, mit
den iberischen Regierungschefs ein gutes Ergebnis für die
Kommission
aushandeln. Zu mehr wird es nicht reichen.

Verloren hat nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die europäische Linkspartei. Sie verlor 10 Sitze, speziell aufgrund der Verluste der deutschen Linkspartei und von Podemos. Doch auch die geschwächte Fraktion vermag keine gemeinsame europäische Strategie zu formulieren. Zwischen einer nationalstaatlich orientierten Ablehnung der EU wie bei FI (La France insoumise), welche auch von Podemos, der schwedischen Linkspartei und vom portugiesischen Linksblock mitgetragen wird, und Reformhoffnungen wie sie z. B. von Syriza und der Linkspartei in die EU transportiert werden, war und ist die europäische Linkspartei nicht in der Lage, eine antikapitalistische Alternative zur EU zu vertreten, geschweige denn dafür zu mobilisieren.

Zusammen mit den europäischen Gewerkschaften waren diese reformistischen Kräfte nicht in der Lage, auch nur zu einer ihrer Forderungen zu mobilisieren oder gar sichtbar zu werden. Die Demonstrationen unter dem Motto „Ein Europa für Alle – Deine Stimme gegen Nationalismus!“ wurden eben nicht durch Forderungen und Aktionen der ArbeiterInnenbewegung begleitet bzw. aufgewertet, sondern hier wurde das Feld vielerorts NGOs wie den Grünen überlassen.

Große Teil der ArbeiterInnenklasse haben sich von „ihren“ Parteien abgewandt und werden von diesen Mobilisierungen

mitgerissen. Sei es durch die rechtspopulistische und nationalistische Rhetorik gegen die EU oder durch die linksliberalen und grünen Versprechungen in die Reformierbarkeit der EU wie auch die ökologische Frage. Das Versagen der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Linksparteien führt dazu, dass sich auch jener Teil der Lohnabhängigen und der Jugend, die Nationalismus und Rechtsruck entgegentreten, den Grünen und anderen linksbürgerlichen Kräften zuwenden.

Was tun?

Für eine radikale, antikapitalistische und/oder sozialistische Linke ist dies eine immense Herausforderung. Wir müssen eine klare klassenkämpferische Alternative zu dieser EU präsentieren, dürfen weder den populistischen wie reformistischen Illusionen hinterherlaufen, sondern brauchen eine Orientierung auf europäischen Klassenkampf.

Wenn „wir“ real Rechtsruck, Austerität, Neoliberalismus dieser EU die Stirn bieten wollen, dann brauchen wir eine Perspektive für ein sozialistisches Europa und müssen mit den reformistischen und populistischen AkteurInnen brechen. Dies

ist die Aufgabe,
unabhängig von den Wahlergebnissen. Um eine solche
revolutionäre Alternative
aufzubauen, braucht es freilich nicht nur Kampf und Bewegung –
es bedarf vor
allem eines Aktionsprogramms, um die Lohnabhängigen europaweit
zu mobilisieren.

Anhang: Krise der Großen Koalition setzt sich fort

In Deutschland haben die Grünen
mit 20,5 % die SPD deutlich auf Platz 3 verwiesen (15,5 %) und
damit
die nächste Krise der GroKo losgetreten. Während sich die
Union noch über Platz
1 freuen darf und bei den Wahlen in Bremen die SPD als
stärkste Partei ablösen
könnte, werden in der Sozialdemokratie wiederum
Personaldebatten geführt.
Partei- und Fraktionsvorsitzende Nahles stellt die
Vertrauensfrage in der
Fraktion. Dies kann die geschwächte SPD in ihre nächste
existenzielle Krise
stürzen und somit auch die GroKo erneut gefährden.

Dass die CDU-Vorsitzende „AKK“
gleichzeitig eine Zensurdebatte aufgrund eines Youtube-Videos
losstößt, zeigt
den krisenhaften Moment dieser Koalition auf.

Dass die Linkspartei viele ihrer

Stimmen an die Satire-Partei „Die Partei“ verloren hat, ist schon nicht mehr lustig, sondern zeigt, dass diese „Partei“ teilweise sehr deutlich und provokant sich für die Seenotrettung eingesetzt hat, während die Linkspartei das Thema Antirassismus und Migration eher beiseitelegte.

Die AfD hat deutlich weniger zugelegt als selbst erhofft (von 7 auf 10 %), dafür allerdings in Brandenburg und Sachsen die Wahl vor der Union gewonnen. Dies sind die Vorzeichen für die Landtagswahlen im Herbst in diesen beiden Ländern und Thüringen.

Tag der Befreiung – Rede der Gruppe ArbeiterInnenmacht

Gruppe ArbeiterInnenmacht München auf der Kundgebung zum Tag der Befreiung am 8. Mai, Infomail 1054, 10. Mai 2019

Wir feiern heute den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 74 Jahren. Der deutsche Faschismus hat einen barbarischen Vernichtungskrieg begonnen, der

Millionen von Todesopfern gefordert hat. In beispielloser Weise wurden Menschen, die nicht in Hitlers arisch-rassistisches Bild passten, unterdrückt, eingesperrt, gefoltert und hingerichtet. Wir gedenken aller BefreiungskämpferInnen, die sich dem Naziterror entgegengestellt haben. Wir erinnern heute an die unmenschlichen Verbrechen des Holocaust, die uns allen eine Mahnung sind.

Umso erschreckender sind sowohl die weltweite Aufrüstungsspirale als auch der politische und gesellschaftliche Rechtsruck, der sich in Deutschland und Europa in den letzten Jahren vollzieht.

Deutschland ist der viertgrößte Waffenexporteur der Welt und steigerte seine Exporte in den letzten 10 Jahren um 13 Prozent. Zusammen mit den USA, Russland, Frankreich und China steht es für drei Viertel des weltweiten Waffenhandels. Das Resultat daraus sind 70 Millionen Menschen auf der Flucht weltweit, mehr als die Hälfte davon Kinder (unter 18 Jahren). Die meisten Geflüchteten kommen aus Syrien, Afghanistan und dem Sudan.

Umso perfider sind die weiterhin stattfindenden Abschiebungen nach Afghanistan und die Debatte über vermeintlich sichere Herkunftsländer. Durch Parolen wie „Asyltourismus“ und „Migration als Mutter

aller Probleme“ bedient sich die CSU offen rassistischer und menschenverachtender Rhetorik. Der Einzug der AfD in alle Länderparlamente sowie den Bundestag ermöglicht ihr, völkisches Denken auf breiter Bühne zu präsentieren und es salonfähig zu machen. Die Medien tun ihr Übriges dazu. In Bundeswehr und Sicherheitsbehörden ist rechtsnationales Gedankengut weitverbreitet und führt immer wieder zu Skandalen, angeblich alles Einzelfälle. Pegida, Identitäre Bewegung und der Dritte Weg greifen auf offener Straße Geflüchtete und MigrantInnen sowie AntifaschistInnen an.

Diese Entwicklungen zeigen uns, dass der antifaschistische Kampf konsequent weitergeführt werden muss. Wir als KommunistInnen und AntifaschistInnen müssen diesen Angriffen, aber auch den Spaltungsversuchen des Kapitals, offensiv entgegentreten.

Die zahlreichen Demos im letzten Jahr mit bis zu 250.000 TeilnehmerInnen – sei es gegen das neue Polizeiaufgabengesetz (PAG), unter dem Motto #ausgehetzt oder #unteilbar – zeigen, dass die Politik der CSU hier in Bayern und die der Großen Koalition im Bund auf breiten Widerstand in der Bevölkerung stoßen.

Doch wer den Rechten wirkungsvoll etwas entgegensetzen will, muss die ArbeiterInnenklasse und ihre Organisationen für

diesen Kampf gewinnen und dem Widerstand eine antikapitalistische Ausrichtung geben. Der Kampf gegen Ausbeutung, Billiglohn, Lohnverzicht und Spaltung entlang nationaler und rassistischer Linien ist untrennbar mit dem gegen Imperialismus und Militarismus verbunden.

Die Linkspartei, aber auch die Gewerkschaften müssen diesen unterstützen. Wir müssen diese Zusammenhänge offensiv aufzeigen und die Verantwortlichen für Sozialabbau, Flucht und Vertreibung benennen: die großen Banken, Konzerne sowie die Rüstungsindustrie genauso wie ihre jeweiligen bürgerlichen Regierungen in Schwarz-Rot-Gold. Militärische Absicherung von Absatzmärkten und Ressourcen, Rassismus und Angriffe auf demokratische und soziale Errungenschaften der Lohnabhängigen stellen nur verschiedene Seiten des Imperialismus und Kapitalismus in der Krise dar.

Die Mehrheit unserer Gesellschaft ist direkt vom Sozialabbau betroffen. Gemeinsam können und müssen wir gegen Kapital und Regierung kämpfen!

Darum lasst uns endlich eine wirkliche Einheitsfront aufbauen: Nur gemeinsam sind wir stark! Solidarität ist immer noch die stärkste Waffe der ArbeiterInnenbewegung und endet nicht an der deutschen oder EU-Außengrenze:

Hoch die internationale Solidarität!

Die Europawahlen und die Krise der EU

Martin Suchanek, Neue Internationale 237, Mai 2019

Zwei Jahrzehnte nach der Tagung ihrer Staats- und RegierungschefInnen in Lissabon im März 2000 ist die Europäische Union zum „schwächsten Glied“ unter den Großmächten in der imperialistischen Weltordnung geworden. Tatsächlich wäre Unordnung ein besserer Begriff für eine Welt rivalisierender Mächte mit deren Handels- und anderen Kriegen sowie ihrer Weigerung, etwas Ernstes gegen Klimakatastrophe und globale Konflikte zu tun. Und innerhalb der Union sind offene Kämpfe um die Art und Zukunft der Vereinigung ausgebrochen (Brexit).

Euro-Einführung

Mit der Einführung des Euro um die Jahrhundertwende und dem Lissabon-Vertrag im Jahr

2009 sollte der größte Wirtschaftsraum der Welt zu einem gemeinsamen europäischen Kapitalblock werden. Das würde nichts Geringeres bedeuten als die politische und militärische Vereinigung des Kontinents unter deutscher und französischer Herrschaft. Seine führenden PolitikerInnen erklärten, wenn auch vorsichtig, dass sie zu den USA aufschließen und ihre Rolle weltweit in Frage stellen wollten.

Seit der großen Krise sind EU und Euro-Zone trotz Austeritätspolitik, trotz Versuchen der wirtschaftlichen Vereinheitlichung weiter hinter den USA und China zurückgeblieben.

Das 21.

Jahrhundert hat die tiefen Widersprüche, die das „europäische Projekt“ von Anfang an prägten, an die Oberfläche befördert. Millionen von ArbeiterInnen, Bauern/BäuerInnen und sogar große Teile der „Mittelschicht“ wurden von der Politik der Europäischen Kommission, der EZB, der Staats- und RegierungschefInnen und der SchlüsselministerInnen der europäischen Großmächte enttäuscht.

Um die

Jahrhundertwende galt die neoliberale Politik als untrennbarer Bestandteil

dieser vermeintlichen neuen Weltordnung. Die Europäische Union erlebte eine Hinwendung zu dem, was bisher als „angelsächsisches“ Modell galt, den „Reformen des freien Marktes“. Für Millionen wurden die alten Versprechungen eines „sozialeren Europas“, „wohlhabender“, „demokratischer“ und „humanitärer“ als dreiste Lügen offenbart.

Seit der Agenda von Lissabon

Die Lissabon-Agenda von 2000 mit ihren Schwerpunkten Sparsamkeit, „Arbeitsmarktreform“ und Wettbewerbsfähigkeit markierte auch eine Ablehnung von „Sozialstaat“ und Keynesianismus durch die europäischen Bourgeoisien. Die konservativen Parteien sowie Labour-Parteien und Sozialdemokratie passten sich dem Neoliberalismus an. Ohne Blairs „Dritten Weg“ oder Schröders „Neue Mitte“ wäre die Verabschiedung der neoliberalen Agenda unmöglich gewesen oder zumindest auf viel mehr Widerstand gestoßen.

Die führenden Mächte und die EU-Kommission haben nicht nur die Lissabon-Agenda durchgesetzt, sondern zielten auch auf eine neoliberale Verfassung der Europäischen Union ab. Diese wurde jedoch in Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden

abgelehnt.

Die Antwort der europäischen Regierungen und Institutionen war jedoch lehrreich. Dem massiven Widerstand und der Ablehnung der Verfassung wurde durch ihre Einführung als „Vertrag“ gegen den Willen des Volkes begegnet.

Dies machte Millionen das „demokratische“ Defizit der EU ebenso deutlich wie „soziale“, ökologische und viele andere Mängel, die hinter diesem Manko an europäischer Demokratie stehen. Es unterstrich, dass die herrschenden Klassen den europäischen Kontinent nicht auf demokratische, geschweige denn auf „soziale“ Weise vereinen können und werden, stattdessen den „Willen des Volkes“ völlig ignorieren.

Das Gleiche gilt umso mehr für die Bereiche Finanzen, Außenpolitik, Interventionen und Kriege. Die europäischen Regierungen haben „ihre“ Bevölkerung nie gefragt, ob sie Syrien oder Libyen bombardieren oder den Irak besetzen, ob sie in Mali oder anderen afrikanischen Staaten intervenieren oder ob sie sich in der Ukraine einmischen sollen. Sie haben auch nicht „ihre“ Völker konsultiert, ob sie neue europäische Militärverträge abschließen, die Osterweiterung der NATO

unterstützen und Truppeneinsätze an den Grenzen Russlands durchführen und einen neuen Kalten Krieg beginnen sollen.

Das letzte Jahrzehnt hat jedoch gezeigt, mit welchen Schwierigkeiten und Herausforderungen die EU konfrontiert ist.

Globale Konkurrenz

Wirtschaftlich fiel sie weit hinter die USA und China zurück. Nach der großen Rezession haben Deutschland und andere wettbewerbsfähigere Länder die Kosten der Krise auf die schwächeren europäischen Volkswirtschaften abgewälzt. Die Institutionen der Eurozone haben im Namen der Haushaltsdisziplin weite Teile Südeuropas mutwillig verarmt. Sie haben Griechenland und anderen Staaten brutale Sparpolitik auferlegt und damit noch anfälliger für die Verheerungen einer neuen globalen Rezession gemacht. Aber Deutschland und Frankreich zahlten dafür einen hohen Preis – die zentrifugalen Tendenzen innerhalb der EU und der Eurozone nahmen stark zu.

Militärisch und

geopolitisch bleibt die EU im Vergleich zu den USA, Russland oder China ein Zwerg. Die Versuche der europäischen Mächte, dies zu überwinden, sind alle halbherzig und spiegeln oft eher ihre inneren Spannungen als eine klare Politik wider. Während die EU versuchte, eine Schlüsselrolle bei dem Regimewechsel in der Ukraine zu spielen, konnte sie nicht verhindern, dass die USA sie in einen neuen Kalten Krieg manövrierten und damit die Pläne Deutschlands für engere Wirtschaftsbeziehungen zu Russland und darüber hinaus zu China zunichtemachten. Putin begann, unangenehme EU-Regierungen wie Ungarn und rechtsextreme populistische Bewegungen auf dem ganzen Kontinent zu unterstützen. Gleichzeitig hat die aggressive „America First“-Politik der Trump-Administration nicht nur die Spannungen zwischen der EU und den USA in Bezug auf Handels-, Militär- und internationale Politik verschärft, sondern auch innerhalb der EU und sogar innerhalb der herrschenden Klassen der Großmächte.

Die EU wird so auch zu einem potenziellen Schlachtfeld, auf dem ihre RivalInnen um politischen und militärischen Einfluss kämpfen. Italien unter seiner rechtspopulistischen Regierung hat gegen Macron in die inneren Angelegenheiten Frankreichs eingegriffen und ein Abkommen mit China geschlossen, dessen Projekt der „neuen Seidenstraße“ von anderen EU-Mitgliedern und den USA scharf

abgelehnt wird.

Die so genannte Flüchtlingskrise hat die Spannungen weiter verschärft. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind zu einem echten Mittel geworden, um Massen von desillusionierten kleinbürgerlichen Schichten oder sogar rückständigen Teilen der Arbeiterklasse zu sammeln, die verarmt wurden oder es befürchten. Der Aufstieg des Nationalismus und der Anti-EU-Sektionen der Bourgeoisie und der Kleinbourgeoisie spiegelt die wachsenden Spannungen und inneren Widersprüche wider. Die EU ist kein europäischer Superstaat, sondern immer noch eine Föderation von Nationalstaaten mit ihren konkurrierenden Interessen.

Kein Wunder, dass dies zur Entstehung von rechtspopulistischen und rassistischen, gegen die EU gerichteten Kräften auf dem gesamten Kontinent geführt hat, die versuchen, sich als Alternative zu einer deutsch oder deutsch-französisch dominierten Union zu präsentieren, die im Begriff ist zu scheitern. Sobald kleinbürgerliche Kräfte in die Szene eintreten, kann und wird diese Krise irrationale Formen annehmen – die extremsten wahrscheinlich in Großbritannien -, wo das ganze Land mit einem Brexit festsetzt, den die Mehrheit der Bevölkerung und der beiden Hauptklassen

eigentlich nicht will.

Schicksalswahl?

Vor diesem

Hintergrund erscheint die Europawahl vom 23.-26. Mai als eine weitere

Schicksalswahl. Dabei wird die Zukunft der EU sicherlich nicht dort entschieden

– schließlich befinden sich die Machtzentralen der Union nicht im

Europaparlament und selbst nicht in der EU-Kommission, sondern in Berlin und

Paris.

Aber diese

Zentralen schwächeln – nicht zuletzt aufgrund der inneren Widersprüche in ihren

Ländern, aufgrund einer fehlenden gemeinsamen „Europastrategie“, was eine

Verschärfung der Konflikte, Gegensätze, ja ein Zerfallen der EU und selbst der

Euro-Zone entlang nationaler Interessen wahrscheinlich macht.

Die europäischen

Bourgeoisien können offenkundig Europa nicht einigen, selbst wenn die

Wirtschaft, der Austausch zwischen den Menschen längst über die Nationalstaaten

hinausdrängen.

Auch wenn es im

eigentlichen Sinn keine europäischen Parteien gibt, so

zeichnet sich doch eine klare Polarisierung bei den Wahlen ab und eine deutliche Verschiebung nach rechts.

Die europäischen rechts-populistischen Parteien werden mit Sicherheit einen deutlich größeren Block darstellen. Dabei zeichnet sich eine Umgruppierung bzw. Vereinigung der Rechten um „Europa der Nationen und Freiheit“ (ENF) mit „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (EFFD) und „Europäischen Konservativen und Reformern“ (EKR) ab, was einer Verbindung von französischem „Rassemblement National“ (RN), italienischer Lega, der FPÖ, der AfD, der dänischen Volkspartei und der „Wahren Finnen“ gleichkäme.

ENF umwirbt außerdem die ungarische Fidesz, die noch noch der „Europäischen Volkspartei“ (EVP) angehört, und die polnische PiS. Die Stärkung der ENF als Gravitationszentrum des Rechtspopulismus wird außerdem durch den wahrscheinlichen Austritt Britanniens aus der EU verstärkt, da die beiden konkurrierenden rechten Fraktionen (EFFD, EKR) mit den UKIP und Tories ihre mandatsstärksten Parteien verlieren würden.

Gegen die

Rechten treten gleich drei Fraktionen/Parteienbündnisse der „bürgerlichen Mitte“ an.

Die größte Fraktion des EU-Parlaments dürfte wieder die EVP werden. Ihr Erfolg gilt als ziemlich sicher – zugleich wird sie jedoch Stimmen und Mandate verlieren. Wahlprognosen vom April gehen davon aus, dass sie künftig 176 Mandate erhalten würde (bisher 217), bei einer Wahl in Britannien sogar nur 165.

Aber die vereinigten rechten und rechtspopulistischen Parteien werden insgesamt etwa gleich stark wie die EVP, bei einer Wahl in Britannien womöglich sogar stärker.

Neben der Volkspartei treten mit der „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ (ALDE), der neben FPD und „Freien Wählern“ auch Macrons „La République en Marche“ angehört, und den „Die Grünen/Europäische Freie Allianz“ (DG/EFA) zwei weitere Fraktionen der bürgerlichen „Mitte“ an. Beide gerieren sich pro-europäisch und reden einem „demokratisch“ bemäntelten imperialistischen Europa das Wort, einmal in seiner offen neo-liberalen Variante, das andere Mal mit einem „Green New Deal“.

So werden die Europawahlen vordergründig zu einem Kampf zwischen „pro-europäischen“ und nationalistischen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, zwischen Pest und Cholera.

Die ArbeiterInnenbewegung?

Das liegt jedoch auch daran, dass die Parteien der ArbeiterInnenbewegung und der Linken selbst wenig mehr als Anhängsel dieser beiden Lager bilden.

Die Europäische Sozialdemokratie tourt weiter mit ihren Versprechungen von einem „sozialen Europa“. Nur glauben immer weniger daran. Sie führt ihren Wahlkampf erst gar nicht mit dem Ziel, die Politik der EU zu bestimmen, sondern als Koalitionspartnerin der „pro-europäischen“ offen bürgerlichen Parteien zu fungieren. Auch wenn niemand eine „Große Koalition“ in Europa wollen sollte, so steht die Sozialdemokratie dafür schon mal in den Startlöchern. Dass sie dabei für jede Schweinerei zu haben ist, dass ihre „sozialen“ Versprechungen auf europäischer Ebene noch wertloser als im nationalen Maßstab sind, hat sie hinlänglich bei der Erpressung Griechenlands bewiesen.

Doch auch die europäischen „Linksparteien“ vermögen keine Alternative zu präsentieren. Im Gegenteil. Während sich die europäische Sozialdemokratie fest dem „pro-europäischen“ Flügel der Bourgeoisie anschließt, hadern sie bezüglich ihrer Europastrategie. Ein Teil versucht es mit der Neuauflage eines „europäischen Reformprogramms“, das eine reformistische Reformstrategie für die EU vertritt. Da sich dafür keine Bündnispartnerin (offen bürgerlich oder Labour bzw. Sozialdemokratie) anbietet, kann sich dieser Flügel noch vergleichsweise „internationalistisch“ und kämpferisch geben und stellt sich zumindest in Worten der Wende zum Nationalismus in vielen Ländern entgegen.

Der andere Flügel der europäischen Linken setzt hingegen auf eine Hinwendung zu nationaler Politik, auf den Austritt aus der EU, eine Abkehr von „Klassenfixierung“ hin zu einer linkspopulistischen Politik. Hierfür stehen Kräfte wie „La France insoumise“ oder „Aufstehen“ in Deutschland, die selbst – bei aller berechtigter Kritik an den utopischen Seiten des „pro-europäischen“ Reformismus – auf nationale Anpassung setzen und die reformistischen bürgerlichen ArbeiterInnenparteien durch linke „Volksparteien“, also klassenübergreifende Organisationen, ersetzen wollen.

Diese

grundlegende Kritik bedeutet jedoch nicht, dass wir den Wahlen zur EU einfach

den Rücken kehren dürfen. Ein Wahlsieg der Rechten, eine Stärkung der

verschiedenen offen bürgerlichen Fraktionen wird auch das Kräfteverhältnis

ungünstiger gestalten. Wo reformistische Parteien eine bedeutende Verankerung

in der Klasse haben und Illusionen der Lohnabhängigen auf sich ziehen, sollten

sie daher kritisch unterstützt werden (wie z. B. Labour in Britannien), ohne

die Kritik an ihrem Programm und ihrer reformistischen, d. h. letztlich

bürgerlichen Ausrichtung zu verschweigen. In Deutschland rufen wir zu einer

kritischen Unterstützung der Linkspartei auf – trotz ihres reformistischen

Programms und ihrer Illusionen in eine Reformierbarkeit nicht nur der EU,

sondern auch des Kapitalismus. Unseren Aufruf verbinden wir mit der Forderung

an die Linkspartei, sich aktiv am Widerstand und Mobilisierungen gegen die laufenden

und kommenden Angriffe zu beteiligen und die Organisation einer europaweiten

Aktionskonferenz des Widerstandes aktiv zu unterstützen, die an die besten

Seiten der europäischen Sozialforen anknüpft.

Alternative

Dabei gibt es

trotz des Aufstiegs der extremen Rechten keinen Mangel an Kämpfen. Die existenzielle Krise in der EU, der Ansturm auf die demokratischen Rechte in den Mitgliedsstaaten, hat ArbeiterInnen, Jugendliche und unterdrückte Minderheiten immer wieder zu Hunderttausenden, ja Millionen auf die Straße getrieben. Die nächste Rezession und die Verschärfung der interimperialistischen Rivalität sowohl in wirtschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht werden dies noch verstärken.

Dies ist keine Zeit, in der der Kapitalismus große Reformen zulassen kann, außer beim Ausbruch großer Klassenkämpfe, die zu einer revolutionären Zuspitzung führen könnten. Die derzeitigen Führungen der Gewerkschaften und reformistischen Parteien – rechten wie linken – sowie der „linken“ PopulistInnen haben zweifellos ihre Unfähigkeit bewiesen, dieser Herausforderung zu begegnen. Es bedarf vielmehr einer europaweiten revolutionären Alternative, neuer revolutionärer Parteien, die in einer Internationalen vereint sind. Natürlich kann ein solcher Prozess nicht ohne das Bestreben stattfinden, die antikapitalistischen und internationalistischen AktivistInnen der bestehenden reformistischen Parteien zu gewinnen. Eine solche Partei braucht jedoch Einheit im Handeln und damit ein Aktionsprogramm, das diese Kämpfe mit dem Kampf für die

Vereinigten
Sozialistischen Staaten von Europa verbindet.

Genau diese
grundlegende Alternative zur imperialistischen Vereinigung wie
zur
nationalistischen Abschottung fehlt jedoch der
ArbeiterInnenklasse wie auch der
"radikalen" Linken. Ohne ein solches Programm, ohne eine
solche Perspektive
erweist sie sich regelmäßig als unfähig zur Lösung aller
großen Probleme des
Kontinents, verurteilt sich selbst zu Ohnmacht oder
Nachtrabpolitik hinter
einen Flügeln der herrschenden Klasse.

Die Losung der
„Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“, eines
Europas auf der Basis
demokratischer Planung und von ArbeiterInnenregierung, stellt
daher in der
aktuellen Krise keine „abstrakte“ oder ferne Zukunftsvision
dar, sondern die
einzige realistische Alternative zu Nationalismus und
Imperialismus – mag sie
auch noch so schwer zu erkämpfen sein.